

# Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmann, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von E. Knaack u. Co., Magdeburg. Geschäftsstelle: Gr. Mühlgr. 3, Bernbr. 1887. Redaktion und Druckerei: Gr. Mühlgr. 3, Bernbr. für Redaktion 1794, für Druckerei 961.

Bräunermanne zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frangobrief) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 8 Pf. Der Fremde in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2.25 zähl. Bestellgeld. Einzelne Nummern 3 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. Inzerationsgebühr: die sechsgepaltene Beilage 15 Pf., außerdem 25 Pf., im Restamtteil Seite 60 Pf. Beilage-Beitrag Seite

Nr. 27.

Magdeburg, Dienstag den 2. Februar 1909.

20. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten

## Der Appell der Bergarbeiter.

Am heutigen Montag versammeln sich in Berlin die Delegierten der Bergarbeiter Deutschlands, um einen gemeinsamen Appell an die öffentliche Meinung und an die Gesetzgebung zu richten. Sie werden fordern, daß endlich den Grubenarbeitern ein besserer Schutz gegen die wachsenden Gefahren des Bergwerksbetriebs gesichert wird. Vielleicht werden Freunde der Arbeiterzerplitterung den Ausdruck „gemeinsamer Appell“ mit dem Hinweis auf die Tatsache bemängeln, daß eine der in Deutschland bestehenden Bergarbeiterorganisationen nicht an dem Bergarbeiterkongress beteiligt ist. Das ist leider richtig, aber ebenso richtig ist, daß die Ablehnung der Beteiligung eine rein persönliche Angelegenheit des Vorstandes des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter ist. Nicht einmal die Führer dieses Gewerksvereins sind sich in ihrer ablehnenden Stellungnahme einig; es hat sich überdies herausgestellt, daß in einer Reihe öffentlicher Bergarbeiterversammlungen auch viele Gewerksvereinsmitglieder dem Kongressgedanken zustimmten.

Die Erklärung des Gewerksvereinsvorstandes, er habe zur Sache eine Petition an den Reichstag gesandt, darum sei der Kongress überflüssig, kann nicht ernst genommen werden.

Der Kongress wird, wie heute schon ruhig behauptet werden kann, auch nicht einen Beschluß fassen, der nicht von der gesamten Bergarbeitererschaft anerkannt wird. Es beteiligen sich an dem Kongress der Bergarbeiterverband, die polnische Berufsvereinigung und der Girsch-Dunder'sche Gewerksverein der Bergarbeiter. Diese drei Verbände umfassen zurzeit über 150 000 Mitglieder; es sind daher circa drei Fünftel der organisierten Bergarbeiter Deutschlands auf dem Kongress direkt vertreten. Seinen Beschlüssen werden auch alle übrigen Grubenarbeiter zustimmen, trotz des Selbstauschlusses der Gewerksvereinsführer.

Die furchtbare Grubenkatastrophe in Radbod gab den unmittelbaren Anstoß zu dem Kongress. Die Ankündigung der Regierung, es solle abermals das Berggesetz reformiert werden, zwingt die Bergarbeiter jetzt erst recht, mit ihren Beschwerden und Forderungen vor die breite Öffentlichkeit zu treten.

Soeben werden die vorläufigen Unglücksziffern aus der deutschen Bergwerks-Industrie 1908 bekannt. Wahrscheinlich ist die Sprache dieser Zahlen! Es haben sich nach amtlicher Zählung ereignet:

	Bergmannsunfälle überhaupt	Darvon sofort tödlich
1900	58 471	1145
1902	67 786	1080
1904	80 204	1178
1906	87 892	1211
1907	92 455	1743
1908	103 582	1869

Die Vermüstung von Menschenleben im Bergbau wurde immer gräßlicher. Seitdem die Knappschäftsberufsgenossenschaft besteht (1885), sind in Deutschlands Bergwerks-Industrie 25 651 Arbeiter sofort getötet worden! Die Zahl der überhaupt vorgekommenen leichten, schweren und tödlichen Unfälle beläuft sich auf insgesamt 1 220 551!!!

Das sind grauerregende Ziffern, sie sind um so fürchterlicher, weil, wenn keine gründliche Gesetzes- und Betriebsreform eintritt, ein weiteres Anschwellen der Unfallziffern mit Gewißheit zu erwarten ist. Auf 1000 Bergarbeiter sind nämlich entfallen:

	Unfälle überhaupt	Schwere und tödliche
1887	71.2	8.30
1890	72.5	8.50
1900	103.4	12.20
1907	126.2	15.53

Die Behauptungen der Regierungen und der Unternehmer, es sei das menschenmöglichste zum Schutze der Bergarbeiter getan, werden widerlegt durch die Tatsache, daß in Großbritannien, Belgien und Frankreich regelmäßig 30 bis 50 Prozent weniger Bergarbeiter tödlich verunglücken als in Preußen und Deutschland. In jenen drei Staaten funktionieren seit vielen Jahren auch Arbeiterkontrollen zwecks Erhöhung der Betriebssicherheit! Mögen nun die Gegner der Arbeiterkontrollen ihren Wert noch so sehr herabsetzen, daß dort, wo sie eingeführt wurden, die tödlichen Unfälle bedeutend seltener sind als in Preußen-Deutschland, dem angeblichen Lande der Sozialreform, kann auch mit der abgefeimtesten Rabulistik nicht aus der Welt gestrichen werden.

Auch durch die augenblickliche Wirtschaftsk-

krise im Bergbau gewinnt der Bergarbeiterkongress für die breite Öffentlichkeit ein erhöhtes Interesse. Ohne Rücksicht auf die Folgen ist von den Bergwerksunternehmern die Zahl der Arbeiter ungemein vermehrt worden. Im Jahre 1908 wurden insgesamt etwa 750 000 Arbeiter in den Gruben und ihren Obertagsanlagen beschäftigt. Zehntausende sind mehr angelegt worden, meistens herangezogen aus den ostelbischen Ackerbaubezirken und dem Ausland, verlockt durch trügerische Vorspiegelungen unverantwortlicher Agenten. Zur Zeit als die internationale Wirtschaftskrise schon offensichtlich war, auch da noch wurde der vieltausendköpfige Zustrom in die Bergbaudistrikte gelenkt.

Nun aber sind die Lager überfüllt; trotz Produktions-einschränkungen und Feierschichten sammeln sich riesige Brennstoffhaufen in den Syndikatslagern und auf den Zechenplätzen an. Und wo vor wenigen Monaten noch scharfemweis Zuwanderer angelegt wurden, da haben nun Arbeiterentlassungen begonnen. Die verbleibenden Arbeiter werden mit starken Lohnabzügen bedacht. Ein Zechenblatt schrieb für Dezember, infolge der Lohn- und Bedingezüge nehme die Leistung der Arbeiter zu! Mit anderen Worten: Die Leutungsverhältnisse zwingen den Arbeiter, noch mehr wie vordem zu schuften, um bei den reduzierten Bedingungen auf die früheren, unbedingt nötigen Verdienste zu kommen. Daraus resultiert wieder eine Erhöhung der Betriebsunfälle!

Diese Zustände sind derart unhaltbar geworden, daß selbst die „Industrie“, ein Organ für die Kohlen-, Kali- und Erzbergbau-Industrie schreibt, die Ankündigungen der Lohnabzüge und Arbeiterentlassungen bewiesen, „daß also die Arbeiter den Schaden tragen sollen, der durch das unwirtschaftliche lange Hochhalten der Preise den Zechen entstanden ist“ während sich die Aktionäre reine Beichneidung der Dividende gefallen lassen möchten.

Siermit ist auf die zunächst den Bergarbeitern zugefügten Schäden hingewiesen. Aber es entstehen schließlich daraus die größten Schädigungen des gesamten Kohlenverbrauchenden Publikums. Wie die Erfahrung lehrt, bereiten sich in Zeiten, wie die jetzige, große Bergarbeiterbewegungen vor. Lohnrück, Feierschichten, Arbeiterentlassungen, rücksichtsloses Ignorieren der Arbeiterbedürfnisse haben auch vor den Streikjahren 1889 und 1905 eine große Erbitterung in der Arbeiterschaft angeammelt. Den Ausbruch der Erbitterung erlebten wir 1889 und 1905 in den gewaltigen Arbeitseinstellungen. Undeissen können die Grubenbesitzer dem Ausbruch der Empörung behaglich entgegensehen! In einer vom Vorstand des Bergarbeiterverbandes soeben herausgegebenen Schrift „Bergarbeiterleiden in Deutschland“ wird der bündige Nachweis geführt, daß die Grubenbesitzer kraft ihres Ausbeutungsmonopols ihre etwaigen Streikunkosten in Form von ganz enorm erhöhten Kohlen-, Koks- und Brickettpreisen mehr als reichlich auf die Kohlenkonsumenten abwälzen! Die Grubenherren machen durch die Bergarbeiterstreiks ein gutes Geschäft! Aus diesem Grunde verhalten sich die Unternehmer so halsstarrig gegen zeitgemäße Berggesetzreformen, aus diesem Grunde können sie ohne Furcht, selbst geschädigt zu werden, die Arbeiter drangalieren und aufreizen durch Bedingez- und Lohnabzüge, Maßregelungen energischer Arbeitervertreter oder Zirkulation von schwarzen Listen. Das ganze Volk ist in ein Tributverhältnis zu den Gruben-ausbeutern geraten! Eine Handvoll märchenhaft reicher Syndikatsmonarchen herrscht heute absoluter als irgendein König „von Gottes Gnaden“!

Gelingt es den Bergarbeitern nicht, einen dem mörderischen Betriebssystem angepaßten Lebensschutz, eine Sicherung ihrer Kulturanprüche durch den Appell an die öffentliche Meinung und an die Gesetzgebung zu erreichen, dann bricht über kurz oder lang ein unerhörte gewaltiger Kampf in den Bergwerksbezirken aus! Dieser Ansicht hat auch unlängst der bekannte Generalsekretär Effert vom Gewerksverein christlicher Bergarbeiter öffentlich Ausdruck gegeben. Die Kosten dieses Nietenkampfes der Grubenproletarier würde ganz bestimmt das Kohlenverbrauchende Publikum zu tragen haben.

Nicht die wirtschaftliche oder technische Möglichkeit, die Forderungen der Bergarbeiter nach besserem Schutze ihres Lebens zu erfüllen, braucht diskutiert zu werden. Diese Möglichkeit besteht. Es handelt sich nur um den Willen des Gesetzgebers und der Gruben-ausbeuter, zu gewähren, was die Bergarbeiter im Interesse ihres Lebens, aber auch zum Nutzen der gesamten Volkswirtschaft fordern. Früh genug appellieren diesmal die Bergarbeiter an die Humanität und die Vernunft. Sollte ihre Stimme wieder ungehört verhallen, so tragen die Herrschenden allein die volle Verantwortung für die unausbleiblichen Folgen. —

## Das Recht des Parlaments.

Das Abgeordnetenhaus beschäftigte sich am Sonntagabend zunächst mit dem Antrag unserer Genossen auf Aufhebung der gegen den Genossen Liebknecht verhängten Festungshaft. Die Geschäftsordnungskommission war, wie das vorauszusehen war, zur Ablehnung des Antrages gekommen und hatte auch beim Plenum einen Antrag auf Ablehnung eingebracht. Diesem Antrag traten mit Ausnahme der Polen alle bürgerlichen Parteien bei.

Bedeutungsvoller waren die prinzipiellen Debatten, die an unsern Antrag knüpften, den Artikel 84 der Verfassung dahin zu ändern, daß jede Strafhaft eines Abgeordneten für die Dauer der Sitzungsperiode auf Beschluß des Landtags aufgehoben werden muß. Gleichzeitig mit zur Verhandlung stand ein freisinniger Antrag, der im wesentlichen auf dieselbe Forderung hinauslief. Diesen Antrag begründete der freisinnige Abgeordnete Träg in einer, wie anerkannt werden muß, entschieden liberalen Rede. Er legte den Hauptwert darauf, daß das Interesse des Parlaments, seine Mitglieder vollzählig beisammen zu sehen, höher sei, als das Interesse des Staates an der Buße für irgendwelches politisches Vergehen. Und nur um solche Vergehen kann es ja handeln, denn mit Recht wies Träg die Befürchtung zurück, daß die Majorität des Abgeordnetenhauses sich aus Kaufmördern und Urkundenfälschern zusammensetzen könnte. Für das Zentrum sprach Noeren und für die National-liberalen Boisch, sich, natürlich entsprechend milder, „im Prinzip für die Anträge aus, während beide konservativen Parteien ablehnend verhielten. In einer scharfsinnigen Rede, die sowohl die rechtliche wie politische Seite der Frage erschöpfte, präzisier-Genosse Girsch den Standpunkt unserer Fraktion. Er tonnsich für die Richtigkeit unserer Auffassung auf hervorragende Strafrechtslehrer berufen, und er wies auf die bei der „objektiven Behörde der Welt“ durchaus bestehende Möglichkeit hin, ein mißliebigen Abgeordneten während der Pause zwischen zwei Sessionen zu verurteilen und dann während der Session selbst einzuherren zu lassen. Mit der größten Entschiedenheit aber wandtsich unser Redner gegen die Auffassung, als ob wir von der Regierung irgendwie die Erfüllung einer Bitte verlangten oder als ob wir gar die Gnade des Königs anriefen. Dentspricht nicht unserm Gefühl und noch weniger dem Gefühl des Genossen Liebknecht, der Girsch ausdrücklich beauftragt hat zu erklären, er würde eine Bitte um Gnade geradezu als Beleidigung ansehen. Es war durchaus konsequent, daß unser Redner antwortete, wir würden gegen unsern eignen Antrag stimmen, wenn man ihm solche Notizen unterfächte.

Wir geben die Ausführungen des Genossen Girsch nach dem uns zugegangenen Bericht hier wieder:

Abg. Girsch (Soz.):

Der Standpunkt meiner Freunde ist genau derselbe wie im Oktober v. J. Allerdings ist die Hoffnung, daß das Haus unsern Antrag zustimmen wird, auf Null gesunken. Der Kommissionenbericht hat all das Material zusammengetragen, das gegen uns in Anrechnung spricht, und man könnte fast glauben, daß das mit Rücksicht darauf geschehen ist, weil das Haus jetzt die Ehre hat, auch Sozialdemokraten in seiner Mitte zu sehen und weil wir uns infolgedessen öfter mit ähnlichen Fällen zu beschäftigen haben werden. Es ist doch ganz klar, daß die Sozialdemokratie eine Kampfpartei viel leichter mit den Genossen in Konflikt kommt, und daß es deshalb einem Sozialdemokraten viel eher passieren kann, einmal verurteilt zu werden und zwar wegen derselben Straftaten, die bei bürgerlichen Parteien als straflos angesehen werden. (Sehr gut! h. d. Soz.) Es ist nicht richtig, daß alle Strafrechtslehrer sich gegen unsere Auffassung ausgesprochen haben, ich erinnere nur an Zachariae und Böpfel, die beide auf unsern Standpunkt stehen. Die Gegner haben sich wiederholt auf den beifordernen Abgeordneten Wilhelm Liebknecht berufen, aber sie scheinen nicht zu wissen, daß dieser in spätern Jahren dieselbe Anschauung vertreten hat wie wir heute. Wenn Sie schon den Abgeordneten Liebknecht als Autorität gelten lassen, was un-natürlich sehr angenehm ist, dann möchte ich Sie dringend bitten sich nicht auf den Liebknecht der 70er, sondern auf den der 80er und 90er Jahre zu berufen.

Die Kommission hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß Strafverfahren und Strafpolitik zwei verschiedene Begriffe seien. Für den gewöhnlichen Menschenverstand bedeutet Strafverfahren das Verfahren, das zur Verurteilung führt, nicht aber das Verfahren, das zur Verurteilung führt. Verurteilung heißt Vollstreckung der Strafe, Verurteilung dagegen heißt nur Festsetzung des Maßes und der Form, in der die Verurteilung erfolgen soll. Also der Strafprozeß bis zur Verurteilung ist nur die Vorbereitung der eigentlichen Verurteilung. Teilweise bewegt sich der Kommissionsbericht in Widersprüchen. Einmal heißt es, daß dem Artikel 84 der Verfassung zugrunde liegende Gedanke sei der gewesen, die Abgeordneten vor tendenziösen Verfolgungen zu schützen, aber aus einer andern Stelle des Berichtes ist deutlich ersichtlich, daß nicht der Schutz gegen tendenziöse Verfolgungen, sondern das Interesse an der

Autofreiheit eines jeden Abgeordneten

schlechthin ausschlaggebend war. Uebrigens würde ja auch das Motiv des Schutzes gegen tendenziöse Verfolgungen nicht zu einer so engen Auslegung zu führen brauchen, wie die Kommission sie sich zu eigen macht. Es können doch sehr wohl tendenziöse Verfolgungen auf Vorrat veranstaltet und tendenziöse Vollstreckungen veranlaßt werden. Es fällt der Staatsanwaltschaft

2.2.1909

...nicht allzu schwer, irgendeinen missliebigen Abgeordneten ...

Er meint, daß sonst das Vertrauen zu unserer Rechtspflege wesent-

Am Donnerstag wird im Einklang endgültig über das Los

# Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 1. Februar 1909.

## Neue Wahlrechtsdemonstrationen.

Auch der gestrige Sonntag brachte neue Straßen- demonstrationen der preussischen Arbeiter für das freie Preußenwahlrecht. In Breslau bewegten sich Tausende auf den Straßen der innern Stadt...

In Hannover trat der Polizeijäger in Aktion. Unsere Genossen hielten Sonntag mittag in Hannover und Linden sieben Demonstrationsversammlungen ab. Als am Schluß derselben auf der Straße die Wahlrechtskundgebungen fortgesetzt wurden, schritt die Polizei ein...

In Köln veranlaßten die Arbeiter in der Mittagsstunde wie der bürgerliche Berichterstatter sagt: „geheim verabredete“ Straßenkundgebungen, an denen mehrere tausend Personen teilnahmen. Unter Abführung der Arbeiter-Marjellasse bewegte sich der Zug durch die Ringstraße...

In Frankfurt a. M. fanden vormittags zehn Wahlrechtsversammlungen statt. Nach Beendigung der Versammlungen demonstrieren die Teilnehmer auf der Hauptstraße der Stadt, der Feil. Die Polizei verhielt sich zurückhaltend...

## Los vom Kohlenyndikat.

Der Verband süddeutscher Industrieller hat nach vorliegenden Meldungen durch Abschlüsse mit mehreren Firmen seine Mitglieder in dem Bezug von Kohlen vom Kohlenyndikat und vom Kohlenexport unabhängig gemacht. Der Vertrag gilt vorläufig vom 1. April 1909 bis 31. März 1910...

## Deutschland.

Freiwilige Parteiorganisation in Groß-Berlin. Ein freiwiliger Ausschuss für Groß-Berlin beschloß ein Organisationskomitee nach Analogie der Komitês der freiwiligen Volkspartei für Groß-Berlin...

Parlamentarische Vereinigung für innere Kolonisation. Am 29. Januar wurde durch zahlreiche Mitglieder verschiedener Parteien des Abgeordnetenhauses eine parlamentarische Arbeitsvereinigung zur Förderung der innere Kolonisation und zur Beförderung der Wohnungsverhältnisse in Preußen ins Leben gerufen...

Die Reichsversicherungsordnung, von der gemeldet wurde, daß sie noch in dieser Session den Reichstag beschäftigen oder doch im Laufe der Session nicht mehr an den Reichstag kommen...

Das Ende der Weinsteuern. Die „Liberale Korrespondenz“ hört, stehen die Auskünfte der Weinsteuern in der Steuerkommission des Reichstages sehr schlecht. Man rechnet in Abgeordnetenkreisen schon jetzt mit der Ablehnung der Steuer in der Kommission...

Gegen die neue Tabaksteuer hat die Handelskammer zu Minden i. Westf. in einer umfangreichen Denkschrift Stellung genommen. Die Denkschrift behandelt eingehend die gesamte westfälische Tabakindustrie und kommt zu dem Schluß, daß die Annahme der neuen Tabaksteuer den Ruin der dortigen umfangreichen Tabakindustrie nach sich ziehen würde...

Soldaten als Treiber. Auf dem bei Stargard in Mecklenburg gelegenen Nittergut Godeswege wurden bei einer Treibjagd 70 bis 80 Soldaten aus der Garnison Neustrelitz als Treiber verwendet. Jagdinspektör ist ein Offizier in Neustrelitz. Die Beratung des Militärstaats im Reichstag wird dem Kriegsminister Gelegenheit geben, die Zusammenhänge zwischen Treiber- und Militärdienst aufzuklären...

## Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 1. Februar 1909.

### Arbeitslosen-Versammlung.

Eine von 2300 bis 2400 Arbeitslosen besuchte Versammlung fand am Montag vormittag im „Luisenpark“ statt. Namens der vor 8 Tagen gewählten Kommission ersparrte Genosse Koch den Bericht über die Audienz, die die Kommission bei dem Oberbürgermeister hatte...

Er berichtete u. a., daß Kostjandsarbeiten, für die 125 000 Mark zur Verfügung stehen, am Industrie- und Petroleumhafen sofort in Angriff genommen werden sollen. Der Stadtverordneten-Versammlung wurde zum Donnerstag noch eine Vorlage gegeben, wonach zum Umbau eines Weges von der Rennwiese bis nach Biederitz circa 100 000 Mark in den Etat eingestellt werden sollen...

Die Versammlung erkannte die Zustände als Beweis einigen sozialpolitischen Verständnisses an, da ja nach den bestehenden gesellschaftlichen Einrichtungen von der Gemeindeverwaltung kaum mehr zu erwarten sei. Jedenfalls würde damit wenigstens etwas geleistet, während der eigentlich dazu verpflichtete Staat ganz versage...

Ganz unnötigerweise waren nach Schluß der diesmal nicht über 1000 Versammlungsteilnehmer anwesend. Durch ein großes Aufgebot von Schülern abgeholt. Durch wurden natürlich Anwesenheiten auf Mühsal herbeigeholt, die aber gerächt wurden, obwohl sie zeitweilig einen ernstlichen Charakter anzunehmen drohten. Nach dem Zeugnis eines Polizeibeamten hat das Eingreifen des Genossen Wöffinger dabei mehr gewirkt, als die Hilfe von einem Duzend Schülern. Würde die Polizei die Aufrechterhaltung der Ordnung den Arbeiterführern selbst überlassen, dann könnte sie sich unnütze Arbeit sparen...

Berichtigung. Die Bücherausgabe an die Parteigenossen der Neuen Neukadri erfolgt nicht Sonntags, wie es irrtümlich in voriger Notiz heißt sondern Sonntag abends von 7 bis 9 Uhr. — Genosse Eichholz, Wittelschloß, wohnt Friesenstraße 19. —

Entlassen! Der Motorradfahrer Eduard Reuter ist jetzt anläßlich des Zusammenstoßes zweier Straßenbahnwagen am Mittwoch am Haselbachplatz aus dem Dienste der Magdeburger Straßenbahn entlassen worden. Der Mann hat 10 Jahre lang seinen Dienst zur vollen Zufriedenheit seiner Vorgesetzten ausgeübt und wird als ein durchaus gewissenhafter Wagenführer geschätzt. Nun kann er darüber nachdenken, weshalb die Direktion sich fortwährend geweigert hat, an solchen überaus frequenten Stellen einen Weichensteller anzustellen. Statt der Uruppen von neuen Vorrichtungen und Verbesserungen sollte die Direktion ihre Aufmerksamkeit lieber nach einer andern Stelle lenken. Für alle übrigen Angestellten, denen es gegebenenfalls ebenso ergehen kann wie dem entlassenen Reuter, mag der Fall eine ernste Mahnung sein. Durch eine gute Organisation könnten viele Mißstände im Betrieb der Straßenbahn, die jetzt nur heimlich beprochen werden, abgeschafft werden. —

Überfahren und getötet. Der auf der Auswanderung begriffene Arbeiter Joseph Burkinsh ist am Sonntag in der Nähe des Borenzwegs in der Neustadt aus einem in Fahrt begriffenen Eisenbahnzuge gefallen, wurde dabei überfahren und sofort getötet. Die Leiche wurde nach der Leichenhalle des Bestfriedhofs gebracht. —

Verstümmelter Selbstmord. Am Sonnabend nachmittag sprang das Dienstmädchen Anna Stodtmeyer in selbstmörderischer Absicht aus der ersten Etage des Elyseumhauses in Altesgradow und erlitt dabei einen Oberschenkelbruch. Das Mädchen wurde der Krankenanstalt Altstadt überwiefen. Ueber das Motiv zur Tat war nichts Näheres zu ermitteln. —

Mit einem Bierseidel niedergeschlagen wurde am Sonntag im Restaurant Zum Bodensteiner der Berliner Gustav Göge. Handtastete 6 wohnhaft. Die Ursache war ein Streit. Der Schwerverletzte wurde nach der Krankenanstalt Altstadt gebracht. —

Diebstahl. Gestohlen wurden hier dem Polizeibeamten zu Folge am 28. v. M. abends aus einem am Grundrind Kaiser-Wilhelm-Platz Nr. 1 angeordneten Schaufenster nach Zerrückmerkung der Scheibe 6 kleine Bilder mit vergilbten Goldrahmen; in der Nacht zum 29. v. M. in einem Tanzlokal vor dem Ulrichstor eine schwarze Boa mit 4 Schwänzen und braunem Futter; am 30. v. M. im Laufe des Nachmittags aus einem unterirdischen Lagerraum in der Gelmstedterstraße 3 Postpakete, enthaltend Mus-Schweizerkäse und Preiselbeeren, und aus einer Wohnung in der Zimmermannstraße ein dunkelgrauer gestreifter Jagdzettanzig. Im letzten Falle ist der Dieb ein angeblicher Experiment Raul F., der gleichfalls bei der Wirtin des Verlorenen wohnte und nicht wieder in die Wohnung zurückgekehrt ist. Er hat den Zugang hier verpfändet und den Pfandbesitzer der Wirtin durch die Post überhandelt. — Ferner sind in letzter Zeit wieder aus den Hausfluren mehrere elektrische Birnen mit Fassung gestohlen worden. —

Ganz entschieden werde ich mich gegen die Auffassung, als wir eine Bitte an die Regierung richten. Es entspricht nicht unserm Gefühl, uns bittend oder flehend die königlich preussische Staatsregierung zu wenden. Nein, wir verlangen die Freilassung Liebknechts auf Grund der Verfassung! Würde es sich darum handeln, die Gnade des Königs von Preußen anzurufen, dann würden wir diesen Antrag nicht eingereicht haben. Mein Freund Liebknecht wird ausdrücklich gebeten, von dieser Stelle aus in seinem Namen zu erklären, daß er keine Gnade will, ja daß er ablehnen würde, daß er es als Beleidigung annehmen würde, wenn man es so auffasse, als hätte er um Gnade gebittet, wenn unser Antrag so aufgefaßt werden sollte. Wüßten wir, gegen unsern eignen Antrag zu stimmen. (Sehr lautlich b. d. Sog.) Aber dazu wird es ja nicht kommen, Sie werden unsern Antrag ablehnen. Deshalb haben wir den bereits eingereichten neuen Antrag eingebracht, der sich mit dem Antrag deckt. Der diesem neuen Antrag zugrunde liegende Gedanke ist nicht der einer

## Befreiung Straffreiheit für die Abgeordneten.

wollen kein neues Privileg schaffen, sondern wir wollen die Abgeordneten in die Lage versetzen, ihre Geschäfte als Abgeordneter wahrzunehmen. Etwasige Strafen können die Abgeordneten sehr wohl in den Pausen zwischen den Sessionsabenden. Die Justizkommission wird ja unsern Antrag eingehend prüfen, und ich hoffe, daß, wenn wir dann den Bericht der Kommission entgegennehmen werden, der Abgeordnete Liebknecht in der Lage sein wird, unsern Berichtungen heimzukehren. (Sehr lautlich b. d. Sog.) Persönliche Anträge auf Abänderung der Verfassung haben früher im Reichstag sogar die Annahme gefunden, allerdings handelte es sich da nicht um einen Mann Liebknecht, sondern um einen Abgeordneten. Es handelt sich um eine Parteifrage, sondern um eine Frage, an der alle Parteien gleichmäßig beteiligt sind. Noch ist nicht aller Tage Abend, es können auch mal Zeiten kommen, wo die Konjunktur den Abgeordneten zwingen wird, solchen Antrag im Interesse ihrer Freunde zu stellen. (Widerstand rechts.) Na ja, Sie werden in solchen Fällen den Gnadenweg beschreiten. Wenn Herr Böhm sagt, die Wähler wußten, daß Liebknecht im Reichstag war, das Mandat anzunehmen, so irrt er. In den Kreisen des Volkes herrscht die Meinung, daß Männer, die Abgeordnete gewählt sind, wenn sie in Straftat sitzen, weiteres entlassen werden. Ja kann können aus eignen Worten sagen, daß ich täglich Anfragen von Leuten bekomme, die von meinen Parteigenossen, die sich darüber wundern, daß ich nicht immer auf dem Reichstag bin, hören. Herr Böhm sagte, man solle es einmal mit Neuwahlen versuchen, und ich habe daran, daß, wenn man Neuwahlen ausgeschrieben werden, die Wähler wieder den Abgeordneten Liebknecht ihre Stimme würden. Einen Versuch können wir ja machen. Sie haben es ja in der Hand. Erklären Sie doch doch, daß Berliner Mandate für ungültig. Darunter ist auch auch ein Liebknecht. Wir werden Neuwahlen haben, und Sie werden überzeugt sein, daß

## Liebknecht mit noch größerer Majorität

in Parlament einzieht. Dann werden auch die, welche bei den Wahlen nicht für ihn gestimmt haben, ihm ihre Stimmen geben. Im übrigen nur ein Wort gegen die Herren und Straß, die zu glauben scheinen, daß es in unserer Sache, wie in ihrer. (Wg. Kreis: Nürnberg) (Sehr lautlich b. d. Sog.) Ja, Sie verhandeln hinter verschlossenen Türen. (Erneuter Zuruf rechts.) Die beiden Abgeordneten erklären, daß die sozialdemokratische Parteileitung den die Abgeordneten aufklärerisch. Sie haben gar keine Befugnis dazu. Der uns befindet die Wähler selbst, wenn Kandidaten aufstellen, die Parteileitung können sich gar nichts annehmen. (Widerstand rechts.) Die Parteileitung würde sich nicht annehmen, wenn eine Parteileitung so unangenehm wäre, einen Mann à la Straß aufzustellen. Das, was Herr Reich sonst gegen unsere Partei sagen möchte, hat mich nicht interessiert. Seine Angriffe abgelehnt und so oft widerlegt, daß es wirklich Zeit verstreicht, wenn ich auf alles, was er vorbringt, die Zeit nicht gerade zu schade gehört, erwidern wollte. Ich will die Zeit nicht gerade dadurch nicht in Anspruch nehmen, daß ich mich mit Straß in Debatten darüber einlasse, ob das, was der Reich zum Zweck der Bekämpfung der Sozialdemokratie tut gut ist oder nicht.

## Was tausendmal als Lüge nachgewiesen

ist, entspricht. (Sehr lautlich b. d. Sog.) Ich kann mich nur auf das zurückkommen, was der Abgeordnete gesagt hat. Ich bitte Sie, dafür zu sorgen, daß die Wähler nicht in die Lage gesetzt werden, aufs neue zu erklären, Herrn Liebknecht vor Verurteilung schuldig oder nicht. Ich habe keinen Augenblick daran, daß ich mich aus dem Reich zurückziehen werde, und ich kann Ihnen sagen, daß ich mich auch die Wähler des 11. Berliner Landtagswahlkreises nicht als einen politischen Schachmann unter dem Herrn Abgeordneten Böhm ausgegebenen Partei. Ich bei den Sozialdemokraten.)

Beide Anträge wurden schließlich gegen die Stimmen der Sozialdemokraten in der Justizkommission überwiesen.

Die am folgende zweite Sitzung des Justizministeriums am Montagabend Abgeordneten Böhm erzielte zu einer Rede gegen die Straffreiheit auf den Gerichten und gegen die Straffreiheit. Er beschäftigte sich auch mit dem Kolonialwesen-Prozess und kritisierte unter lebhafter Zustimmung der Anwesenden das Bestehen des Herrn Henskiel für den Jungen Henskiel in Eulenburg. Der konservative Redner meinte, daß die Straffreiheit nicht in den Interessen der Nation gebietet. Sie unterstützten diese Ausführungen, aber wir erörtern die Frage, weshalb die Konservativen diese Straffreiheit nicht zu der Zeit gäßen haben, als Herr Eulenburg noch auf dem Amt saß.

Der Justizminister Dr. Ball an dem Ministerium des Reichs Justizministeriums, forderte Maßnahmen gegen die gesagte Straffreiheit, forderte Maßnahmen gegen die gesagte Straffreiheit des Reichstages und forderte Maßnahmen gegen die gesagte Straffreiheit des Reichstages zu lösen, als ob man andere Straffreiheit weniger Recht einräume als dem Herrn Eulenburg zuerkannt.

# 1. Beilage zur Vö

Mr. 27.

Magdeburg, Dienstag den 2. Februar 1909.

## Deutscher Reichstag.

197. Sitzung.

Berlin, 30. Januar, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dernburg.  
Auf der Tagesordnung: Beratung der Denkschrift über die Ausführung der für die Schutzgebiete erlassenen Anleihegesetze.  
Abg. Erzberger (Ztr.) bittet den Kolonialsekreter, sich zu den Ausweisungen zu äußern, welche namentlich durch seine letzte Rede verursacht worden sind. Es sei eine geradezu wahnwitzige Spekulation in Worten der Stabgesellschaft eingetreten, der ein Rückschlag mit großen Verlusten folgen werde.  
Staatssekretär Dernburg glaubt nicht, daß die Ausweisungen durch seine Rede verursacht sei. Er habe den Geschäftsbericht der Gesellschaft lediglich mit einigen Bemerkungen versehen, aber nicht über die Zukunft gesprochen.  
Abg. Erzberger: Der Zusammenhang sei zweifellos. Ich habe dem Staatssekretär keinen Vorwurf machen wollen, aber es ist Pflicht des Reichstags, vor einer Spekulation zu warnen, der nur Enttäuschung folgen kann.  
Die Denkschrift wird zur Kenntnis genommen.  
Es folgt die zweite Beratung der Hebersicht der Einnahmen und Ausgaben der afrikanischen Schutzgebiete Kaguquines, Samos und der Verwaltung der Karolinen usw. für das Rechnungsjahr 1907. Die Rechnungscommission beantragt, die Gratzüberzahlungen zu genehmigen und hinsichtlich der außerordentlichen Ausgabe von 200 Mark zu Vorarbeiten der Eisenbahn Windhof-Mehoboth Indemnität zu erteilen.

Der Berichterstatter Abg. Ulrich (Soz.) bemerkt, die Minderheit der Kommission habe sich nicht überzeugen können, daß die Regierung bei den Vorarbeiten des Bahnbauwerks sich in einer Notlage befinde. Die Minderheit beantragt deshalb, die Indemnität zu verweigern und eine Untersuchung zu verlangen. Das Resultat der Untersuchung soll dem Reichstag mitgeteilt werden.  
Präsident Graf Stolberg teilt mit, daß über den Antrag auf Indemnität vom Abg. Wasserbauer (nat.) namentlich die Abstimmung beantragt ist. Diefelbe wird Donnerstag oder Freitag stattfinden.

Abg. Ulrich (Soz.): Die Frage, ob ohne weiteres und ohne die Mitwirkung des Reichstags Hunderttausende ausgegeben werden dürfen, ist eine außerordentlich wichtige Frage des Budgetrechts. In dieser Angelegenheit schlummert die Wichtigkeit, die Bahn eventuell auch ohne Mitwirkung des Reichstags zu bauen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Bei solch schwerer Verletzung des Budgetrechts müssen wir die Indemnität verweigern und feststellen, wen die Verantwortung trifft. Es liegt eine weitere Reihe von Hebersichtungen vor, mit denen wir uns auch zu beschäftigen haben. Im ganzen 3,2 Millionen bei einem Gesamtbetrag von 6,2. (Hört, hört! b. d. Soz.) Derartige Hebersichtungen bewirken, daß jede erspriechliche Staatsberatung unmöglich gemacht wird. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Abg. Dr. Gördé (nat.): Der Referent hat den Standpunkt der Minderheit sehr ausführlich dargelegt; wir werden uns das für die Zukunft merken. Auch wir sind von den Hebersichtungen nicht erbaut. Die Regierung befindet sich aber in einer Zwangslage. Der Zustand war ausgebrochen. Die Bahn schien nötig. Solche Hebersichtungen lähmen den Eifer der Kolonialbeamten. (Beif. b. d. Natl.)  
Abg. Erzberger (Ztr.): Eine Vorauszahlung von 200 000 Mark gutzuheßen, hat sich der frühere Reichstag einmütig geweigert. (Hört, hört!) Inzwischen ist allerdings der Bloß gegründet worden. (Weiter!) Redner beantragt Zurückweisung an die Kommission zur schriftlichen Berichterstattung. (Beif. i. Ztr. u. b. d. Soz.)  
Staatssekretär Dernburg verteidigt die Notwendigkeit der Vorarbeiten. Die ganze Entwicklung habe gezeigt, wie richtig die Empfehlung war, daß ohne Verbindungswege kein Krieg zu führen ist.

Abg. Ulrich (Soz.): Ich habe mich bemüht, die Anschauung sowohl der Mehrheit wie der Minderheit zur Geltung zu bringen. Es ist allerdings für mich eine unangenehme Situation, wenn ich die Kommission bitte, einen andern Berichterstatter zu ernennen und sie das ablehnt.

Inzwischen ist ein Antrag Ulrich und Genossen (Soz.) eingegangen, welcher verlangt 1. die außerordentlich angeforderten 200 000 Mk. abzulehnen, die Indemnität für die ohne Zustimmung des Reichstags im Jahre 1904 verausgabten 200 000 Mark zu verweigern, 2. den Reichsanwalt zu ersuchen, gegen den Beamten, der für den mit der Firma Koppel abgeschlossenen Vertrag verantwortlich ist, eine Untersuchung einzuleiten.  
Abg. Freiherr von Gamp (Ab.): Die Sache ist spruchreif und muß hier erledigt werden, nicht an die Kommission zurückverwiesen werden.  
Abg. Erzberger (Ztr.): Der Reichstag muß wissen, wer der schuldige Beamte war.  
Damit schließt die Diskussion. Vor der Abstimmung über den Antrag Erzberger auf Zurückverweisung an die Kommission zur schriftlichen Berichterstattung bezweifelt Abg. Graf Dröla (nat.) die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Abg. Erzberger (zur Geschäftsordnung): Im Interesse der Geschäftsführung bitte auch ich, die Abstimmung über meinen Antrag auszusagen.  
Vizepräsident Dr. Passche: Der Bitte des Abg. Erzberger kann nicht mehr stattgegeben werden. Das Bureau ist sich einig darüber, daß das Haus nicht beschlußfähig ist. (Weiter!) Ich beraume die nächste Sitzung auf Donnerstag 1 Uhr an.  
Mehrere Abgeordnete: Zur Geschäftsordnung!  
Vizepräsident Dr. Passche: Ich kann, da das Haus beschlußfähig ist, keine Diskussion zulassen. Tagesordnung der nächsten Sitzung ist der Etat des Reichsamts des Innern.

## Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Die Internationale Föderation der Hutmacher. Das internationale Sekretariat der Hutmacher, das sich in den Händen des Genossen Meißner (Athenburg), Vorsitzender des Deutschen Hutmacherverbandes, befindet, hat vor kurzen seinen Jahresbericht für 1907 herausgegeben. Eingangs wird darauf hingewiesen, daß auch die Hutmacher aller Länder durch die wirtschaftliche Krisis stark zu leiden haben. Trotzdem ist die Zahl der Mitglieder bei dem Sekretariat angeschlossenen Verbände von 21 247 auf 23 000 gestiegen. Im Verhältnis zu den im Verufe tätigen Arbeitern und Arbeiterinnen ist das immerhin noch eine sehr geringe Zahl, denn es wurden in den 12 Ländern, auf die sich die Statistik erstreckt, 151 623 Berufsangehörige gezählt. Von den Organisierten sind 8938 Frauen. Die stärkste Organisation besitzen Deutschland mit 6806 und Italien mit 4963 Mitgliedern. Die wöchentliche Zeittagsöhne variieren zwischen 85 Pf. (England) und 10 Centimes (Italien) bei den Männern und zwischen 40 Pf. (Jamaica) und 5 Centimes (Italien) bei den weiblichen Mitgliedern. Das Gesamtvermögen der angeschlossenen Verbände betrug 851 851,20 Mark; die Ausgaben waren im Berichtsjahr um circa 250 000 Mark höher als die Einnahme. Streiks und Aussperrungen wurden insgesamt 55 gezählt mit 6787 Streikenden. Davon endeten 43 zugunsten der Arbeiter. Dem internationalen Bunde gehören an die Organisationen von Deutschland, Österreich, Frankreich, Dänemark, Finnland, Norwegen, Schweden, Rumänien, Italien, Belgien, Schweiz und England. Der amerikanische Verband hat den Beitritt abgelehnt, ebenso die Arbeiter der Seidenhutbranche in England. Abgesehen von der wirtschaftlichen Stütze, welche die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter durch die internationalen Verbindungen erhalten, sind diese auch geeignet, den Chauvinismus immer mehr zurückzudrängen und die internationale Verbrüderung der Arbeiter zu erweitern und zu vertiefen.

## Gerichts-Beilage.

Landgericht Magdeburg.  
Sitzung vom 30. Januar 1909.

Freigesprochen. Der Kraftdroschkenführer Gustav Killies von hier, geboren 1876, wurde vom Schöffengericht am 14. November v. J. wegen fahrlässiger Körperverletzung in Verbindung mit Übertretung der Polizeiverordnung vom 30. August 1906 zu 50 Mark Geldstrafe ev. 10 Tagen Gefängnis verurteilt. Er überfuhr am 27. Juni v. J. nachmittags mit seiner Kraftdroschke einen 7 Jahre alten Knaben, der aus dem Domdorfer Weg herangelaufen kam und über die Halberstädter Straße lief. Der Unfall soll dadurch herbeigeführt sein, daß Killies das vorgeschriebene Warnungssignal nicht gegeben hatte. Der Knabe erlitt einen Oberarmbruch, einen Schlüsselbeinbruch und mehrere Rippenbrüche. Die Verjurykammer stellte ein Verdicten des Angeklagten nicht fest, hob deshalb das Urteil auf und erkannte auf Freisprechung.

Diebstahl. Der erheblich vorbestrafte Schuhmacher Otto Nilges zu Pragerbe, geboren 1866, soll am 8. Oktober 1907 auf dem Wege zwischen Loburg und Groß-Lübbers von dem Wagen des Handelsmanns Lisch einen Karton gestohlen haben, in dem sich ein Kleid befand. Der Angeklagte bestreitet die Tat, wird aber durch das Beweisergebnis für überführt erachtet und wegen Kleid- und Kleiderdiebstahls zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt.

Haarstrafen. Der Arbeiter Walter Lübbe aus Döberleben, geboren 1886, und der Bäckergehilfe Ernst Schütte von hier, geboren 1886, beide vorbestraft, hatten die gemeinschaftliche Ausübung von Diebstählen verabredet und haben dann auch in der Zeit vom 3. bis 19. November 1908 hierüber acht Diebstähle mittels Einsteigens, Einbruchs und Entnehmens von Behältnissen ausgeführt. Sie erbeuteten Anzüge, Wertmarken, Zigarren und andre Sachen. In drei weiteren Einbruchsfällen fanden sie nichts vor, was sie mitnehmen konnten. Die Angeklagten entschuldigen ihre Taten damit, sie hätten keine Arbeit gehabt und nicht betteln wollen. Die Kammer erkennt wegen vollendeten und versuchten Bandendiebstahls gegen Lübbe, der sich im wiederholten Mischfall befindet, auf 6 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust, gegen Schütte auf 3 Jahre 6 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust.

## Militär-Sufiz.

Oberkriegsgericht des 4. Armeekorps.  
Magdeburg, 30. Januar 1909.

Manöververgehen. Gute Quartiere, etwas Geld in der Tasche und ein gutes Lagerleben im Manöver passen nicht zusammen, am wenigsten bei von Gesundheit sprossenden Kanonieren. Es ist daher sehr natürlich, wenn im Manöver sich Soldaten nach einer Abwechslung sehnen. So dachten auch im letzten Manöver bei Landwehr der Hiesiger Karl Eberhardt aus Groß-Lübbersleben und der Kanonier Wilhelm Desgang aus Wittenberg, beide von der 1. Batterie 71. Feldart.-Regts. Ohne Urlaub zu haben verließen die beiden mit noch acht Kameraden ihre Truppe am 1. September, veranzahlten eine stolze Kneipe und kamen in angetrunkenem Zustande dahin überein, nach Klein-Landwehr zu gehen und der dort befindlichen Mädchensalonne des Rittergutsbesizers v. Zimmermann einen Besuch abzustatten. Zu diesem Zwecke kletterten die verliebten Marsjünger über die Mauer des Gehöfts, hoben ein Tor aus und drückten eine Fensterscheibe ein. Bevor eine Verständigung mit den nur polnisch redenden Mädchen stattgefunden hatte, erlitten der Gutsverwalter und wie die Kanoniere von dem Gehöft. Diesem Verlangen sollen die Eindringlinge erst nach mehrmaliger Aufforderung nachgekommen sein. Diese im soldatischen Lebermut begangenen Handlungen trugen den dabei Beteiligten Anklagen wegen unerlaubter Entfernung von der Truppe und gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs ein. Die Angeklagten erhielten in erster Instanz zum Teil 20 Tage Gefängnis. Bis auf Eberhardt und Desgang nahmen die Angeklagten ihre Strafe an. Eberhardt hat Berufung gegen

## Feuilleton.

Nachdruck verboten.

## Sonnemanns.

Roman von Heinz Tobolt.  
(12. Fortsetzung.)

Emil malte mit großen lateinischen Buchstaben auf eine Tappe:  
**Mietskomptor von Frau Sonnemann**  
und hing das an das Schaufenster.  
Er ging davor auf und ab, stellte sich auf die andre Seite der Straße, um sein Werk zu betrachten, und war sehr zufrieden damit.  
Das sah doch gleich ganz anders aus. Aber er fühlte, es müsse noch besser kommen, ein großes Schild über der Ladentür, von einem richtigen Maler angefertigt.  
Und er ging gleich sich erkundigen, was das kosten konnte, es sollte alles ersten Ranges sein.  
Mit Halsheuten durften sie sich nicht abgeben, wenn sie es zu was bringen wollten.  
Emil nahm sich den Lokalanzeiger vor und studierte die Annoncen, die immer in reichlicher Anzahl sich dort fanden, stets dieselbe Fassung das ganze Jahr hindurch, irgendein Lochwirt, auf das die Mädchen anbissen und kamen; denn an Herrschaften würde es nicht fehlen, die fragten von selbst an; nur die Mädchen waren rar.  
Für junges Ehepaar Weinmädchen gesucht. 100 Taler. Sechs Wochen Sommerurlaub. Reise und Kostgeld.  
Das war so etwas, das zog. Die Stelle war natürlich jedesmal schon besetzt; aber eine neue Herrschaft war schon wieder da gewesen, — und dann ließ sich ja ein Mädchen hereden und war schließlich froh, eine Stellung bei fünf Kindern mit siebzug zu finden, wenn es beinahe Ende des Monats durch das beständige Verrotten geworden war.  
Diese Geschäftskniffe hatte Minna früher an sich selber erfahren müssen. Das kam ihr jetzt zugute.  
Seit sie verheiratet war, sah sie die Welt in ganz anderm Lichte, sie hatte das rechte Gefühl für alles, was ihr früher angefallen war. Sie war nicht mehr so dumm wie sie gewesen, sondern begriff, um was es sich handelte, und lebte sich bald in ihre neue Rolle ein.  
Mit jedem Tage nahm sie an Würde zu, und doch behielt sie dabei den richtigen vertraulichen Ton für ihre Kund-

nen, deren Lage und Gedanken sie von früher her genau kannte.  
Sie spielte sich ganz auf die Uneigennützigkeit hinaus, die lediglich helfen wollte, und ihnen eine Gefälligkeit erwies.  
Das Milch- und Gemüsegeschäft trat immer mehr in den Hintergrund, es wurde zuwenig daran verdient, aber aufgeben konnten sie es noch nicht. Daran war vorläufig nicht zu denken, wenn sie auch damit rechneten, daß es einmal geschehen würde, denn das Vermietungsbureau ging mit jedem Tage besser.  
Sie war jetzt polizeilich gemeldet, stand im Adressbuch und über dem Laden hing das neue, von einem richtigen Maler angefertigte Schild. Zum Quartal annoncierten sie in verschiedenen Zeitungen und ließen auch einen Jungen mit einer großen Tafel durch die Straßen gehen. Auf dem Plakat stand zu lesen, daß bei Minna Sonnemann das größte und beliebteste Mietkontor des Westens sei, und schnellste und kulanteste Bedingungen zugesichert wurden.  
Sonnemann ging mit dem Gedanken um, sich bei seinem alten Brotherrn wieder zu melden, um auch was zu verdienen, aber es war keine Stellung frei. Er sah sich anderweitig um, fand aber nichts, bis er bei einem Fuhrherrn als Hilfskutscher für ein Warenhaus eine Stellung fand, in der er nur vormittags einen Aushilfswagen zu fahren hatte, was ihm sehr lieb war, da er nun die Nachmittage und Abende für das Geschäft seiner Frau frei erhielt.  
Denn es gab eine Menge zu tun. Er mußte die Bücher in Ordnung halten, hatte allerhand Scheine zu schreiben, mit den Herrschaften und Mädchen zu korrespondieren und viele Laufereien zu besorgen, die seine Frau sonst vom Hause abgehalten hätten, weshalb er das auf sich nahm.  
Vor allem mit dem Schreiben harrte es bei Minna ein wenig, während er zwar überaus langsam schrieb, aber dann sah es auch ganz antändig aus. Er setzte sich abends mit ihr hin und schrieb ihr vor, vor allem die Zahlen, die man bei ihr gar nicht lesen konnte. Sie mußte wenigstens auf den Scheinen das Datum und die Höhe des Lohnes und die Wohnung aufschreiben, wenn er einmal nicht da war; ein hübsches antändig mußte das aussehen, wenn sie eine gute Kundenschaft haben wollte. Die Herrschaften sahen nun mal auf so was.  
Sie stimmte ihm durchaus bei, und sah auch getreulich alle Aber- bei der Lampe und erlachte sich mit den Ziffern

ab, die er ihr vorschrieb, und die sie getreulich nachzumalen versuchte.  
Es sah auch wirklich bald viel besser aus; vor allem hatte sie einen gewissen Schwung bei der Unterschrift heraus. Das sah ganz gut aus ihr: Minna Sonnemann.  
Die andern Namen und die Straße ließ sie sich buchstabieren und da konnte sie dann ganz langsam zirkeln, bis sie damit zustande kam. Das brauchte nicht so flott auszufallen, wenn es nur deutlich war und gut zu lesen.  
Nur ihre Zahlen, vor allem die 4, 7 und 9 waren schlecht zu untercheiden. Mit denen wollte es gar nicht recht gehen, sie sahen sich zu ähnlich, wie oft Emil sie ihr auch vorschrieb. Abends ging es ausgezeichnet, wenn sie dann aber vor ihren Kunden was eintrug, rutschte ihr die Feder immer aus, und die Ziffern waren kaum auseinander zu kennen.  
Anfänglich hatte sie sich sehr gewundert, daß sie Kinder bekam; jetzt war dieser Gedanke ganz in den Hintergrund getreten. Augenblicklich wäre es ihr nur unbecquem gewesen. Sie hätte dann nur schlecht vor den Leuten erscheinen können, die zu ihr kamen. Es wäre nicht angenehm gewesen. Das hatte nun Zeit, bis das Geschäft erst gesicherter war, und sie sich solchen Luxus gestatten konnten. Sie war ganz froh, daß sie damit verschont geblieben war.  
Sie hatten auch keinen Platz, und es ging nicht, daß so eine Quarrjäre zu jungen anfing, während sie irgendeine Vermietung abschließen wollte, und sich dann um das brüllende Kind kümmern und ins Hinterzimmer laufen mußte.  
Und viele Herrschaften konnten das gar nicht übertragen, außer bei ihren eignen Tören, — da war so was natürlich selbstverständlich — anderswo liefen sie davon.  
Ja, wenn sie erst eine größere Wohnung nehmen konnten, dann war das was anderes — dann konnten sich gern ein paar Kinderchen einstellen. Bis dahin aber hatte es noch Zeit.  
Sie lebten barsam und gönnten sich kaum das Nötigste. Emil rauchte nicht und trank nur zu Hause einmal abends mehr als eine Flasche. Nur hier und da klappte er sein Mäschchen Schnaps, von dem ein Fläschchen stets im Küchenspind stand. Ohne das ging es nicht. Das war er von seiner Kutscherzeit her noch so gewohnt.

(Fortsetzung folgt.)



# 1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 27.

Magdeburg, Dienstag den 2. Februar 1909.

20. Jahrgang.

## Deutscher Reichstag.

197. Sitzung.

Berlin, 30. Januar, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratssitz: Dernburg.  
Auf der Tagesordnung Beratung der Denkschrift über die Ausführung der für die Schutzgebiete erlassenen Anleihegesetze.

Abg. Erzberger (Ztr.) bittet den Kolonialstaatssekretär, sich zu den Kursteigerungen zu äußern, welche namentlich durch seine letzte Rede verursacht worden sind. Es sei eine geradezu wahnwitzige Spekulation in Werten der Stawigefellschaft eingetreten, der ein Rückschlag mit großen Verlusten folgen werde.

Staatssekretär Dernburg glaubt nicht, daß die Kursteigerung durch seine Rede verursacht sei. Er habe den Geschäftsbereich der Gesellschaft lediglich mit einigen Bemerkungen versehen, aber nicht über die Zukunft gesprochen.

Abg. Erzberger: Der Zusammenhang sei zweifellos. Ich habe dem Staatssekretär keinen Vorwurf machen wollen, aber es ist Pflicht des Reichstags, vor einer Spekulation zu warnen, der nur Enttäuschung folgen kann.

Die Denkschrift wird zur Kenntnis genommen.  
Es folgt die zweite Beratung der Resolution der Einnahmen und Ausgaben der afrikanischen Schutzgebiete Neuguineas, Samoas und der Verwaltung der Karolinen usw. für das Rechnungsjahr 1907.

Die Rechnungscommission beantragt, die Staatsüberschreitungen zu genehmigen und hinsichtlich der außerordentlichen Ausgabe von 200 Mark zu Vorarbeiten der Eisenbahn Windhof-Rehoboth Indemnität zu erteilen.

Rechtsreferent Abg. Ulrich (Soz.) bemerkt, die Minderheit der Kommission habe sich nicht überzeugen können, daß die Regierung bei den Vorarbeiten des Bauhaues sich in einer Notlage befinde. Die Minderheit beantragt deshalb, die Indemnität zu verweigern und eine Untersuchung zu verlangen. Das Resultat der Untersuchung soll dem Reichstag mitgeteilt werden.

Präsident Graf Stolberg teilt mit, daß über den Antrag auf Indemnität vom Abg. Vahrenmann (natl.) namentlich die Abstimmung beantragt ist. Dieselbe wird Donnerstag oder Freitag stattfinden.

Abg. Ulrich (Soz.): Die Frage, ob ohne weiteres und ohne die Mitwirkung des Reichstags Hunderttausende ausgegeben werden dürfen, ist eine außerordentlich wichtige Frage des Budgetrechts. In dieser Ausgabe schlummert die Abicht, die Bahn eventuell auch ohne Mitwirkung des Reichstags zu bauen. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Bei solch schwerer Verletzung des Budgetrechts müssen wir die Indemnität verweigern und feierstellen, wenn die Verantwortlichkeit trifft. Es liegt eine weitere Reihe von Ueberschreitungen vor, mit denen wir uns auch zu beschäftigen haben. Im ganzen 3,2 Millionen bei einem Gesamtbetrag von 6,2. (Hört, hört! h. d. Soz.) Derartige Ueberschreitungen bewirken, daß jede erspriessliche Staatsberatung unmöglich gemacht wird. (Sehr richtig! h. d. Soz.)

Abg. Dr. Götz (natl.): Der Referent hat den Standpunkt der Minderheit sehr ausführlich dargelegt; wir werden uns das für die Zukunft merken. Auch wir sind von den Ueberschreitungen nicht erbaut. Die Regierung befinde sich aber in einer Zwangslage. Der Aufrüstung sei ausgebrochen. Die Bahnschienen nötig. Solche heillosen Bedauungen lähmen den Eifer der Kolonialbeamten. (Beif. h. d. Natl.)

Abg. Erzberger (Ztr.): Eine Vorauszahlung von 200 000 Mark gutzuheißen, hat sich der frühere Reichstag einmütig geneigert. (Hört, hört!) Inzwischen ist allerdings der Mod begründet worden. (Weiter!) Redner beantragt Zurückverweisung an die Kommission zur schriftlichen Berichterstattung. (Beif. i. Ztr. u. h. d. Soz.)

Staatssekretär Dernburg verteidigt die Notwendigkeit der Vorarbeiten. Die ganze Entwicklung habe gezeigt, wie richtig die Empfindung war, daß ohne Verbindungswege kein Krieg zu führen sei.

Abg. Ulrich (Soz.): Ich habe mich bemüht, die Anschauung sowohl der Mehrheit wie der Minderheit zur Geltung zu bringen. Es ist allerdings für mich eine unangenehme Situation, wenn ich die Kommission bitte, einen anderen Berichterstatter zu ernennen und sie das ablehnt.

Inzwischen ist ein Antrag Ulrich und Genossen (Soz.) eingebracht, welcher verlangt, die außerordentlich angeforderten 200 000 Mt. abzulehnen, die Indemnität für die ohne Zustimmung des Reichstags im Jahre 1904 verausgabten 200 000 Mark zu versagen, 3. den Reichszentraler zu ersuchen, gegen den Vertrag verantwortl. ist, eine Unterfuchung einzuleiten.

Abg. Freiherr von Camp (Abg.): Die Sache ist spruchreif und muß hier erledigt werden, nicht an die Kommission zurückverwiesen werden.

Abg. Erzberger (Ztr.): Der Reichstag muß wissen, woher die fäulige Beichte war.

Damit schließt die Diskussion. Vor der Abstimmung über den Antrag Erzberger auf Zurückverweisung an die Kommission zur schriftlichen Berichterstattung bezweifelt Abg. Graf Triola (natl.) die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Abg. Erzberger (zur Geschäftsordnung): Im Interesse der Geschäftsführung bitte auch ich, die Abstimmung über meinen Antrag auszusparen.

Vizepräsident Dr. Pasche: Der Bitte des Abg. Erzberger kann nicht mehr stattgegeben werden. Das Bureau ist sich einig darüber, daß das Haus nicht beschlußfähig ist. (Weiterkeit.) Ich beraume die nächste Sitzung auf Donnerstag 1 Uhr an.

Mehrere Abgeordnete: Zur Geschäftsordnung!

Vizepräsident Dr. Pasche: Ich kann, da das Haus beschlußfähig ist, keine Diskussion zulassen. Tagesordnung der nächsten Sitzung ist der Etat des Reichsamts des Innern.

## Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Die Internationale Föderation der Schuhmacher. Das internationale Sekretariat der Schuhmacher, das sich in den Händen des Genossen Wehlsch (Mienburg), Vorsitzender des Deutschen Schuhmacherverbandes, befindet, hat vor kurzem seinen Jahresbericht für 1907 herausgegeben. Eingangs wird darauf hingewiesen, daß auch die Schuhmacher aller Länder durch die wirtschaftliche Krise stark zu leiden haben. Trotzdem ist die Zahl der Mitglieder der dem Sekretariat angeschlossenen Verbände von 21 247 auf 23 000 gestiegen. Im Verhältnis zu den im Verufe tätigen Arbeitern und Arbeiterinnen ist das immerhin noch eine sehr geringe Zahl, denn es wurden in den 12 Ländern, auf die sich die Statistik erstreckt, 151 623 Berufsangehörige gezählt. Von den Organisierten sind 8938 Frauen. Die härteste Organisation besitzen Deutschland mit 8508 und Italien mit 4963 Mitgliedern. Die wöchentliche Beitragshöhe variiert zwischen 85 Pf. (England) und 10 Centimes (Italien) bei den Männern und zwischen 40 Pf. (Australien) und 5 Centimes (Italien) bei den weiblichen Mitgliedern. Das Gesamtvermögen der angeschlossenen Verbände betrug 851 831,20 Mark; die Ausgaben waren im Berichtsjahr um circa 250 000 Mark höher als die Einnahme. Streiks und Aussperrungen wurden insgesamt 55 gezählt mit 6767 Streikenden. Davon endeten 43 zugunsten der Arbeiter. Dem internationalen Bunde gehören an die Organisationen von Deutschland, Desterreich, Frankreich, Dänemark, Finnland, Norwegen, Schweden, Rumänien, Italien, Belgien, Schweiz und England. Der amerikanische Verband hat den Beitritt abgelehnt, ebenso die Arbeiter der Seidenfabrikation in England. Abgesehen von der wirtschaftlichen Stille, welche die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter durch die internationalen Verbindungen erhalten, sind diese auch geeignet, den Chauvinismus immer mehr zurückzudrängen und die internationale Verbrüderung der Arbeiter zu erweitern und zu vertiefen.

## Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 30. Januar 1909.

Freigesprochen. Der Kraftdroschkenführer Gustav Klies von hier, geboren 1878, wurde vom Schöffengericht am 14. November v. J. wegen fahrlässiger Körperverletzung in Verbindung mit Uebertretung der Polizeiverordnung vom 30. August 1906 zu 50 Mark Geldstrafe ev. 10 Tagen Gefängnis verurteilt. Er überführte am 27. Juni v. J. nachmittags mit seiner Kraftdroschke einen 7 Jahre alten Knaben, der aus dem Bismarcker Weg herabgerollt kam und über die Halberstädter Straße lief. Der Knabe soll dadurch herbeigekührt sein, daß Klies das vorgeschriebene Warnungssignal nicht gegeben hatte. Der Knabe erlitt einen Oberarmbruch, einen Schußelfelbeinbruch und mehrere Rippenbrüche. Die Verurteilung stellte ein Verstoß gegen die Angeklagten nicht fest, hob deshalb das Urteil auf und erkannte auf Freisprechung.

Diebstahl. Der erheblich vorbestrafte Schuhmacher Otto Nilsen zu Prizerbe, geboren 1866, soll am 8. Oktober 1907 auf dem Wege zwischen Loburg und Groß-Löbbers von dem Wagen des Handelsmanns Tisch einen Karton gestohlen haben, in dem sich ein Kleid befand. Der Angeklagte bestritt die Tat, wird aber durch das Beweisergebnis für überführt erachtet und wegen Rückfalldiebstahls zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt.

Datte Strafen. Der Arbeiter Walter Lübke aus Döberzleben, geboren 1886, und der Wädgerjelle Ernst Schütte von hier, geboren 1888, beide vorbestraft, hatten die gemeinschaftliche Ausföhrung von Diebstählen verabredet und haben dann auch in der Zeit vom 3. bis 19. November 1908 hierjeit acht Diebstähle mittels Eisenwerkzeug, Einbruchs und Erbrechen von Behältnissen ausgeführt. Sie erbeuteten Bargeld, Wertmarken, Zigarren und andre Sachen. In drei weiteren Einbruchsfällen fanden sie nichts vor, was sie mitnehmen konnten. Die Angeklagten entschuldigen ihre Taten damit, sie hätten keine Arbeit gehabt und nicht betteln wollen. Die Kammer erkennt wegen vollendeten und versuchten Bandendiebstahls gegen Lübke, der sich im wiederholten Rückfall befindet, auf 6 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust, gegen Schütte auf 3 Jahre 6 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust.

## Militär-Justiz.

Oberkriegsgericht des 4. Armeekorps.

Magdeburg, 30. Januar 1909.

Manöverseherge. Gute Quartiere, etwas Geld in der Tasche und ein ides Lagerleben im Manöver passen nicht zusammen, am wenigsten bei von Gesundheit trohenden Reservieren. Es ist daher sehr natürlich, wenn im Manöver sich Soldaten nach einer Abwechslung sehnen. So dachte auch im letzten Manöver bei Landwehr bei der Abteilung Karl Eberhardt aus Groß-Nobensleben und der Kanonier Wilhelm Deßgang aus Wittenberg, beide von der 1. Batterie 74. Feldart. Regts. Ohne Urlaub zu haben verließen die beiden mit noch acht Kameraden ihre Truppe am 1. September, veranstalteten eine solenne Schneepartei und kamen in angetrunkenem Zustande dahin überein, nach Klein-Laudschütz zu gehen und der dort befindlichen Mädchenkassette des Nittergutsbesizers v. Zimmermann einen Besuch abzutatten. Zu diesem Zwecke kletterten die verliebten Marsjünger über die Mauer des Gehöfts, haben ein Tor aus und drückten eine Fensterscheibe ein. Bevor eine Verurteilung mit den nur Polnisch redenden Mädchen stattgefunden hatte, erschien der Gutsverwalter und wies die Kanoniere von dem Gehöft. Diesen Verlangen sollen die Eindringlinge erst nach mehrmaliger Aufforderung nachgekommen sein. Diese im soldatischen Rebermut begangenen Handlungen trugen den dabei Beteiligten Anklagen wegen unerlaubter Entfernung von der Truppe und gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs ein. Die Angeklagten erhielten in erster Instanz jumeit 20 Tage Gefängnis. Bis auf Eberhardt und Deßgang nahmen die Angeklagten ihre Strafe an. Eberhardt hat Berufung gegen

## Feuilleton.

Nachdruck verboten.

### Sonnemanns.

Roman von Heinz Lohoff.

(12. Fortsetzung.)

Emil malte mit großen lateinischen Buchstaben auf eine Pappe:

Miehkompfort von Frau Sonnemann

und hing das an das Schaufenster.

Er ging davon auf und ab, schaute sich auf die andre Seite der Straße, um sein Werk zu betrachten, und war sehr zufrieden damit.

Das sah doch gleich ganz anders aus. Aber er fühlte, es müsse noch besser kommen, ein großes Schild über der Ladentür, von einem richtigen Maler angefertigt.

Und er ging gleich sich erkundigen, was das kosten konnte, es sollte alles ersten Ranges sein.

Mit Galbheiten durften sie sich nicht abgeben, wenn sie es zu was bringen wollten.

Emil nahm sich den Lokalanzeiger vor und studierte die Annoncen, die immer in reichlicher Anzahl sich dort fanden, stets dieselbe Fassung das ganze Jahr hindurch, irgendein Kochwirt, auf das die Mädchen anbissen und kamen; denn an Herrschaften würde es nicht fehlen, die fragten von selbst an; nur die Mädchen waren rar.

Für junges Ehepaar Alleinmädchen gesucht. 100 Taler. Sechs Wochen Sommerurlaub. Reise und Kostgeld.

Das war so etwas, das zog. Die Stelle war natürlich jedesmal schon besetzt; aber eine neue Herrschaft war schon wieder da gemeldet, — und dann ließ sich so ein Mädchen bereuen und war schließlich froh, eine Stellung bei fünf Kindern mit siebzig zu finden, wenn es beinahe Ende des Monats durch das beständige Verträsten geworden war.

Diese Geschäftskünfte hatte Minna früher an sich selber erfahren müssen. Das kam ihr jetzt zugute.

Seit sie verheiratet war, sah sie die Welt in ganz anderem Lichte, sie hatte das rechte Gefühl für alles, was ihr früher angetan war. Sie war nicht mehr so dumm wie sie gemein, sondern begriff, um was es sich handelte, und lebte sich bald in ihre neue Rolle ein.

Mit jedem Tage nahm sie an Würde zu, und doch behielt sie dabei den richtigen vertraulichen Ton für ihre Kundin-

nen, deren Lage und Gedanken sie von früher her genau kannte.

Sie spielte sich ganz auf die Uneigennütige hinaus, die lediglich helfen wollte, und ihnen eine Gefälligkeit erwies.

Das Milch- und Gemüsegeschäft trat immer mehr in den Hintergrund, es wurde zumeist daran verdient, aber aufgeben konnten sie es noch nicht. Daran war vorläufig nicht zu denken, wenn sie auch damit rechneten, daß es einmal geschehen würde, denn das Vermietungsbureau ging mit jedem Tage besser.

Sie war jetzt polizeilich gemeldet, stand im Adreßbuch und über dem Laden hing das neue, von einem richtigen Maler angefertigte Schild. Zum Quartal anoncierten sie in verschiedenen Zeitungen und ließen auch einen Jungen mit einer großen Tafel durch die Straßen gehen. Auf dem Plakat stand zu lesen, daß bei Minna Sonnemann das größte und beliebteste Miehkompfort des Westens sei, und schnellste und kulanteste Bedingungen zugesichert wurden.

Sonnemann ging mit dem Gedanken um, sich bei seinem alten Brotherrn wieder zu melden, um auch was zu verdienen, aber es war keine Stellung frei. Er sah sich anderweitig um, fand aber nichts, bis er bei einem Fuhrherrn als Hilfskutscher für ein Warenhaus eine Stellung fand, in der er nur vormittags einen Aushilfswagen zu fahren hatte, was ihm sehr lieb war, da er nur die Nachmittage und Abende für das Geschäft seiner Frau frei behielt.

Denn es gab eine Menge zu tun. Er mußte die Bücher in Ordnung halten, hatte allerhand Scheine zu schreiben, mit den Herrschaften und Mädchen zu korrespondieren und viele Kaufereien zu besorgen, die seine Frau sonst vom Hause abgehalten hätten, weshalb er das auf sich nahm.

Vor allem mit dem Schreiben haperete es bei Minna ein wenig, während er zwar überaus langiam schrieb, aber dann sah es auch ganz anständig aus. Er setzte sich abends mit ihr hin und schrieb ihr vor, vor allem die Zahlen, die man bei ihr gar nicht lesen konnte. Sie mußte wenigstens auf den Scheinen das Datum und die Höhe des Lohnes und die Wohnung aufschreiben, wenn er einmal nicht da war; ein bißchen anständig mußte das aussehen, wenn sie eine gute Kundenschaft haben wollte. Die Herrschaften sahen nur mal auf so was.

Sie stimmte ihm durchaus bei, und sah auch getreulich alle Abenteuer bei der Samme und anälte sich mit den Ziffern

ab, die er ihr vorschrieb, und die sie getreulich nachzumalen versuchte.

Es sah auch wirklich bald viel besser aus; vor allem hatte sie einen gewissen Schwung bei der Unterschrift heraus. Das sah ganz gut aus ihr: Minna Sonnemann.

Die andern Namen und die Straße ließ sie sich buchstabieren und da konnte sie dann ganz langsam zirkeln, bis sie damit zustande kam. Das brauchte nicht so flott auszufehen, wenn es nur deutlich war und gut zu lesen.

Nur ihre Zahlen, vor allem die 4, 7 und 9 waren schlecht zu unterscheiden. Mit denen wollte es gar nicht recht gehen, sie sahen sich zu ähnlich, wie oft Emil sie ihr auch vorschrieb. Abends ging es ausgezeichnet, wenn sie dann aber vor ihren Kunden was eintrug, rufachte ihr die Feder immer aus, und die Ziffern waren kaum auseinander zu kennen.

Anfänglich hatte sie sich sehr gewünscht, daß sie Kinder bekam; jetzt war dieser Gedanke ganz in den Hintergrund getreten. Augenblicklich wäre es ihr nur unbenquem gewesen. Sie hätte dann nur schlecht vor den Leuten erscheinen können, die zu ihr kamen. Es wäre nicht angenehm gewesen. Das hatte nun Zeit, bis das Geschäft erst gesichert war, und sie sich solchen Luxus gestatten konnten. Sie war ganz froh, daß sie damit verschont geblieben war.

Sie hatten auch keinen Platz, und es ging nicht, daß so eine Quartiere zu jüngen anfang, während sie irgendeine Vermietung abschließen wollte, und sich dann um das brüllende Kind kümmern und ins Hinterzimmer laufen mußte.

Und viele Herrschaften konnten das gar nicht berten, außer bei ihren eignen Jören, — da war so was natürlich selbstverständlich — anderswo liefen sie davon.

Ja, wenn sie erst eine größere Wohnung nehmen konnten, dann war das was anders — dann konnten sich gern ein paar Kinderchen einstellen. Bis dahin aber hatte es noch Zeit.

Sie lebten sparlam und gönnten sich kaum das Nötigste. Emil rauchte nicht und trank nur zu Hause einmal abends mehr als keine eine Flasche. Nur hier und da kippete er sein Gläschen Schnaps, von dem ein Gläschen stets im Küchenspind stand. Ohne das ging es nicht. Das war er von seiner Kutscherzeit her noch so gewohnt.

(Fortsetzung folgt.)





# Tanzschuhe

Damen-Lacktuch-Salonschuhe hoher Absatz . . . . .	<b>145</b>	Damen-Satin-Salonschuhe in allen Ballfarben . . . . .	<b>190</b>
Damen-Lacktuch-Spangenschuhe hoher Absatz . . . . .	<b>195</b>	Damen-weiß im Leder-Spangenschuhe hoher Absatz	<b>225</b>
Damen-Goldleder-Spangenschuhe hoher Absatz . . . . .	<b>375</b>	Damen-weiß Glacéleder-Salonschuhe hoher Absatz	<b>275</b>

3550 sowie unsre bekannten besseren Qualitäten zu billigsten Preisen.

## Schuh-Bazar-Vereinigung

Breiteweg 13

Wolf Blumenthal

Breiteweg 13.

**Billig! Schuhwaren** Schmidtstr. 44  
Herren-, Damen-, Kinderschuh u. -stiefel in Chevreau, Box calf und andern Sorten Leder, Plüschsocken und -pantoffeln, auch aus Konkursmassen stammende Waren billig nur **44 Schmidtstrasse 44**

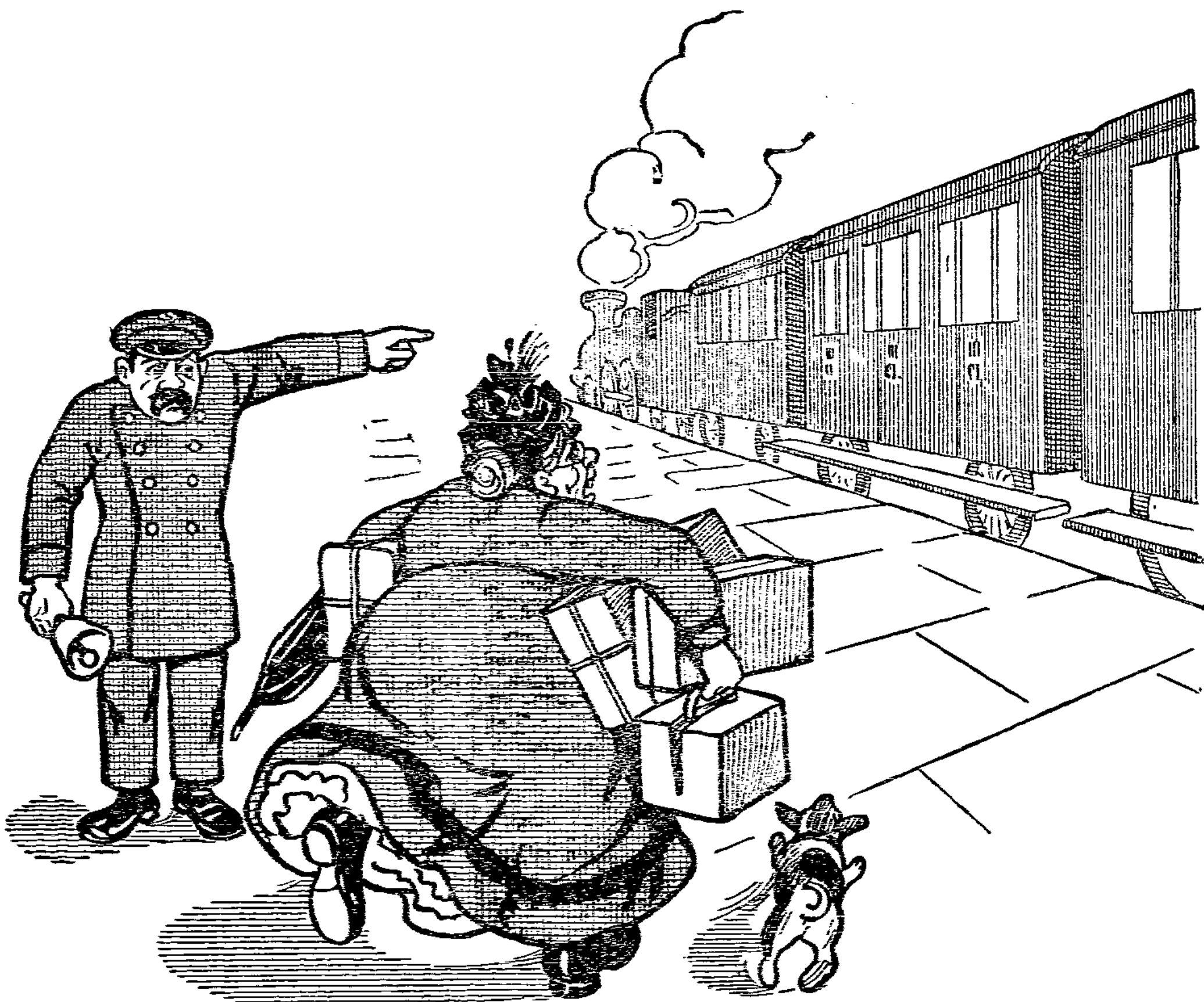
**Otto Lehmann** Sudenburg Halberstädter Str. 112  
Spezialgeschäft für Wäsche empfiehlt  
doppelt gereinigte Bettfedern und Daunen sowie fertige Betten  
Bettfedern-Reinigungsanstalt.

Rum, Arrak, Kognak, Möbel billig zu verkaufen Gr.  
Liköre u. Branntweine Diesdorfer St. 215, v. III.  
im Einzelverkauf & Engrospreisen bei  
Bierstedt & Co. weg 116  
Essenzen- und Likörfabrik.

Gesucht a. jed. Ort Leute, auch  
Frauen, w. Beitr. erstl. hoheleg.  
Arzt übern. Hoh. Verdienst. Auch  
loh. Nebenverw. Ausk. mit vollst. anat.  
u. franco. Herrn. Wolf, Zwickau  
(Sa.), Nordstr. 30. 3394

# Es wird aber höchste Zeit

dass Sie Ecksteins vorzügliche Cigaretten probieren.



## Eckstein's FIDELIO Cigaretten

von A. M. Eckstein & Söhne Dresden.

10 Stück 20 Pfg.

Zu haben in Cigarrenhandlungen.

### Eine Wirtschaft

nicht nur für den Winter, sondern auch für den Sommer, bestehend aus Wohnküche, Satin-Schlafküche und moderner Küche, ist für den billigen Preis von 350 Mk. zu verkaufen, auch werden die Sachen einzeln abgegeben, nebst eleganten Plüschsofa mit Umbau, Kleiderschrank u. Vertiko, Trumeau, gechl. Glas u. Stufe, Solatisch, Stühlen, engl. Bettstellen m. hauchfreien Matratzen, Waschtoilette mit Marmorplatte, großartig gearbeitete Plüschgarnitur, Kassetten in Nuß- oder Eichen, Schreibstisch, dito Feinpark, Teppiche, einem schönen, großen Bild (sitzen die Magdalene), Küchenbüfett oder Küchenschrank mit Tisch, Schreibe, Anrichte, Tisch, Kisten, Stühlen usw. Besichtigung gerne gestattet, ohne Kauzwang. Transport frei, auch nach außerhalb. 3433. Diese Preise gelten nur bis Ende dieser Woche.

### Lorenz

17 Peterstraße 17.

### Unreiner Leinwand

Büdel im Geschäft und am Körper. Blasen, Mittelst. Mühen, Flecken u. sonstige Schmutzstellen ärgern Sie nicht lange mehr bei regelmäßigem Gebrauch v.

**Zucker's Patent-Medizinal-Soße**, 15 %ig u. 30 %ig, 1.50 (35 %ig, 1.75) (nicht feind.) macht b. Kräfte u. Zucker-Creme nachahmt, glättet Falten u. Runzeln, macht die Haut samtweich u. gibt b. Wangen e. rosige Koritur u. vert. nicht. Unmut u. jährl. Siebriz b. im höchste Alter. Preis 75 Pf. u. 1.20. Ueberall erhältlich. Echt in allen Apotheken, Drogerien, Parfümerien zc. 2473.

### Pfand-Versteigerung

Dienstag, 9. Februar 1909, nachmittags von 2 Uhr an, sollen in meinem Geschäftstokale, Weinstraße 5a, 1, die in den Monaten März und April 1908 verpfändeten bzw. erneuerten und bereits verfallenen

sub Nr. 21020-22599 meines Pfandbuchs verzeichneten Gegenstände durch den vereideten Auktionator Herrn Wiesenthal öffentlich meistbietend versteigert werden, wenn solche bis dahin nicht eingelöst bzw. erneuert worden sind.

Franz Koch  
in Firma Gustav Oelssner,  
3430 Fernsprecher 8577.

### Millionen

von Menschen, Erwachsene wie Kinder, sind

### Blutarmer

Diesen Magenkranken, Wächnerinnen usw.

### hilft

der Arztlich viel empfohlene, in Krankenhäusern und Kliniken seit Jahren eingeführte Wein

### Basta

Überall zu haben.  
1/2 Liter rot od. weiß, herb 1.50  
in 1/2 Liter . . . . . halbd. 1.75

### Kanarienvogel

hähne u. weibchen  
begehrt ist Hähne 3.50  
4.00 Mk. gute Dresser nach  
U. Übung des Gesanges.

Weibchen bezahlt mit 75 Pf.  
J. Tischler, Annastraße 25.

### Dekotier-Anstalt

3535 Plisse-Brenner  
E. Göbe, Prälatenstr. 10  
Ausführung in kürzester Frist.

### Städtisches Orchester

Fürstenhof.  
Mittwoch den 3. Februar 1909  
abends 8 Uhr

### Konzert

Leitung: Kgl. Musikdirektor  
Joseph Krug-Waldsee.  
Solist:  
Richard Heber (Berlin)  
Violine.

### Eintrittskarten

Plätze: Vorverk. Abendkasse  
Loge . . . . . 65 Pf. 80 Pf.  
Saaltisch . . . . . 55 " 65 "  
Balkontisch 55 " 65 "  
Nichtnum. . . . . 30 " 40 "

Vorverkauf nur in der Heinrichhofenschen Musikalienhandlung von 3 bis 1 1/2 und 4 bis 7 Uhr



# 2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 27.

Magdeburg, Dienstag den 2. Februar 1909.

20. Jahrgang.

## Sozialdemokratische Gemeindevertreterkonferenz des Regierungsbezirks Magdeburg.

Am Sonntag den 31. Januar fand in der „Krone“ die erste Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter des Regierungsbezirks Magdeburg statt.

Genosse Fabian (Magdeburg) eröffnete die Konferenz um 10 1/2 Uhr mit dem Hinweis auf die Wichtigkeit und die Gründe der Einberufung der Konferenz. Redner wünscht, daß die Tagung von Erfolg gekrönt sein möge. Die Leitung der Konferenz wird in die Hände des Genossen Dr. Krohn (Halberstadt) gelegt. Anwesend sind insgesamt 76 Vertreter, darunter 27 Stadtverordnete aus neun Städten und 49 Gemeindevertreter aus 28 Landgemeinden. Außerdem sind anwesend die acht Kreisvorsitzenden, Vertreter der „Volksstimme“, Genosse Peus (Dessau) vom „Volksblatt für Anhalt“, die Stadtverordneten Herrlinger und Paul (Koslau, Sachsen-Anhalt) und Gen. Strunk, Gauleiter des Staats- und Gemeindearbeiter-Verbandes.

Nach Wahl einer Mandatsprüfungskommission erhält Genosse Paul Girsch (Charlottenburg) das Wort zu seinem Vortrag über die praktische Tätigkeit der sozialdemokratischen Gemeindevertreter. Er weist auf die Wichtigkeit der Tagesgegenstände hin, die vorhanden sind, um eine ersprießliche Tätigkeit in den Gemeinden und Stadtverordneten-Sitzungen entfalten zu können. In der Kenntnis der Gesetze seien die Sozialdemokraten den bürgerlichen Vertretern häufig überlegen. Allgemein würde anerkannt und mußte auch von vorurteilslosen Gegnern zugegeben werden, daß neue Anordnungen in den Stadtverordnungen erst seit der Zeit zu verzeichnen sind, seit Sozialdemokraten darin sitzen. Ein frischer Zug weht in den Gemeindevertretungen, denen Sozialdemokraten angehören.

Redner zieht dann einen Vergleich zwischen der Städteordnung des Jahres 1852 und der Städteordnung von 1808. Zunächst bestand ein entschieden besseres Wahlrecht als heute. Es dürfte an der Zeit sein, überall darauf zu dringen, daß die Gemeindevertretungen Petitionen um Aenderung der Städteordnung an den Landtag richten. Das Privileg, das die Hausbesitzer auf Grund der Städteordnung besitzen, müsse als schreiende Ungerechtigkeit bezeichnet werden. An einer Anzahl von Beispielen weist Redner auf zahlreiche, dem Hausbesitzerprivileg zuzuschreibende Unsitte hin. Selbst die bürgerlichen Parteien müssen das, aber sie halten daran fest, weil es ihnen Interessen entspricht. Eine weitere Ungerechtigkeit sei die Drittelung der Wählerkraft. Redner bespricht die Wirkung der Drittelung nach dem gewöhnlichen Durchschnitt der gezahlten Steuern, dann die Teilung nach dem anderthalbfachen Durchschnitt und endlich das System der sogenannten Zwöftelung. Das Beispiel in Hildorf habe gezeigt, wie die Entziehung der Wähler vorgenommen wird.

Eine weitere Verschärfung des Wahlrechts ist die Bestimmung der Städteordnung, die das Wahlrecht von der Zahlung des Bürgerrechtsgeldes abhängig macht. Durch die Städteordnung wird auch bestimmt, wieviel Stadtverordnete gewählt werden dürfen. Redner erklärt den Unterschied und den Vorteil, der darin liegt, wenn eine Gemeinde zur Wahl in einzelne Bezirke eingeteilt wird oder wenn sie einen Bezirk bildet. Nicht unwichtig seien die Bestimmungen der Städteordnung, welche von der Auslegung der Wählerlisten handeln. In den Städten sollen sie ausliegen vom 15. bis 30. Juli, in den Landgemeinden vom 15. bis 30. Januar. Das Recht der Einsicht und das Abschreiben der Listen wird in den Großstädten selten verweigert. Anders in den Landgemeinden, wo vielfach Schwierigkeiten gemacht werden. Bei der Festsetzung des Wahltermins wird häufig auf die breiten Wählermassen keine Rücksicht genommen. Die Vertreter müssen überall darauf dringen, daß die Wahlzeit möglichst günstig gelegt wird.

Eine besonders harte Maßnahme besteht darin, daß nicht bloß Leute, die keine Armenunterstützung erhalten haben, aus den Wählerlisten gestrichen werden, sondern auch solche, die mit ihren Zahlungen wegen einer Krankenhausbehandlung im Rückstand geblieben sind. Im Reichstagsrat ist kürzlich ein Gesetz angenommen worden, das für die Reichstagswahlen den Umfang der als Armenunterstützung geltenden Zuwendungen erheblich einschränkt. Leider wird dieses Gesetz für die Gemeinwahlen keine Gültigkeit haben. Ein wichtiges Recht haben die Städte mit der Selbstverwaltung, das aber, an und für sich nicht sehr weitreichend, immer mehr von der Regierung zu beschränken versucht wird. Die Schuld hieran liegt an dem liberalen Bürgertum, das müßig Schritt für Schritt zurückweicht, aus Furcht vor dem Eingreifen der Ruten in die Schuldenoperationen usw. Gerade auf dem Gebiete der Schule wird das Recht der Gemeinden immer mehr beschnitten. Nicht einmal das Recht, die Gehaltshöhe der Lehrer nach Belieben zu bestimmen, haben die Gemeinden. Auf dem Gebiete der Volkshilfe haben die Städte und ihre Verwaltungen wohl Pflichten, aber nur geringe Rechte. Das nennt man in Preußen Selbstverwaltung. Auch das Recht zu petitionieren ist für die Gemeinden außerordentlich beschränkt, weil der Begriff „Gemeindegewalt“ von der Regierung und dem Verwaltungsgericht sehr eng gefaßt wird.

Alle diese zu Recht bestehenden Bestimmungen und einengender Bestimmungen zu kennen, ist für die Stadtverordneten und Gemeindevertreter fast unmöglich. Es wäre wünschenswert, einmal eine Sammlung aller dieser Gesetze und Bestimmungen herauszugeben.

Auf die hauptsächlichsten Aufgaben der Gemeinden übergehend, erörtert Redner zunächst das Gebiet der Schulpolitik. Wir verlangen Unerkennlichkeit des Schullerhalts, insbesondere kostenloser Lieferung der Lehrmittel. Die Erpannung der bedürftigen Schulkinder sowie die Anstellung von Schulfürsorgern sei lediglich auf Veranlassung der Sozialdemokraten zurückzuführen. Angehebt werden muß jetzt überall eine durchgreifende Schulreform, wie sie in Charlottenburg für die Volksschulen schon durchgeführt ist. Es werden neben den Schulen für normale Kinder nicht nur Klassen für minderbegabte Kinder, sondern auch sogenannte Förderklassen geschaffen für Kinder, die für die allgemeine Schule vorbereitet werden. Ebenso empfehlenswert ist die Einrichtung von Waldschulen für schwächliche und kranke Kinder. Bei einigermäßen gutem Willen läßt sich also auch schon innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft etwas erreichen.

Ein wichtiges Gebiet ist das der Sozialpolitik. Hier kommen die Ausbreitung der Fortbildungsschulen, die Ausdehnung der Sonntagsruhe, die Errichtung von Gewerbegerichten neben anderen in Betracht. Alles dies kann durch Drängen in den Gemeinden bewirkt werden. Besonders Gewicht muß auf die Einführung der anständigen Lohnzahlung gelegt werden, während der Einführung der Streiklausel Widerstand entgegenzusetzen werden muß. Anerkennenswert sind die Pensions- und Hinterlassenenleistungen für die hiesigen Arbeiter. Sie bieten aber auch die Gefahr, daß sich dabei eine Art Arbeiteraristokratie herausbildet. Wo es irgend möglich ist, sollten die Gemeinden ihre Arbeiten in eigener Regie ausführen.

Gepflegt werden muß für gute und gesunde Wohnungen und weiter für ausreichende Arbeitslosigkeit, um die Quellen der Armut zu verköpfen. Eine umfangreiche Tätigkeit erfordert die Armenverwaltung und die Waisenpflege. Wo unsere Genossen dabei beteiligt sind, ist ihnen eine gewisse Verdienst bei Prüfung von Anträgen zur Unterstützung anzuerkennen, wie dem die sozialdemokratischen Gemeindevertreter sorgfältig darauf achten müssen, daß sie nur reibend einwandfrei Material verwenden. Vorteilhaft ist die Teilnahme von geeigneten Frauen bei der Armen- und Waisenverwaltung. Für diejenigen, die in der Armenverwaltung tätig sind, ist die Kenntnis des neuen Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz unbedingt notwendig. Redner führt eine Reihe von besonders maranten Bestimmungen aus dem neuen Gesetz an:

Ein äußerst umfangreiches Gebiet für die Gemeindevertreter ist das der öffentlichen Gesundheitspflege: Die Wasserreinigung, die vorbeugenden Maßnahmen für die Lungentuberkulose und für strafbische Kinder, eine gründliche Unternehmung der Wohnungen, Säuglingsfürsorge usw., alles das müßte in die Tätigkeit der Gemeindevertreter einbezogen werden. Im Interesse der unehelichen Kinder und deren Mütter müßte die Einrichtung einer kommunalen Generalvormundschaft gefördert werden.

Bedeutend sei, daß die Gemeinden in der Frage der Steuern auch nicht machen können, was sie wollen, denn dies sei Sache der Landesgesetzgebung. Abzulehnen sei auf alle Fälle die in vielen Städten für die nächste Zeit geplante Schaftkonzessionssteuer, weil sie eine Sonderbesteuerung eines einzelnen Gewerbes darstellt.

Leicht sei die Tätigkeit der Vertreter der Arbeiter und der Sozialdemokraten in den Gemeinden nicht. Die Steinige Städteordnung ging von dem Grundgedanken aus, den Gemeinbau zu wecken und zu fördern. Wollte die Bourgeoisie das, dann müßte sie gemeinsam mit der Sozialdemokratie für die Befestigung all der reaktionären Gesetze sorgen, die geeignet sind, den Gemeinbau zu unterdrücken. Sache der sozialdemokratischen Vertreter müßte es sein, alle die vorgezeichneten vielfältigen Aufgaben zu fördern im Interesse der Allgemeinheit und des Proletariats. (Lebhafter Beifall.)

Es folgt die Diskussion, die sich hintereinander auf das Wahlrecht und das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinde, die Schulpolitik, die Sozialpolitik, das Armenwesen, die öffentliche Gesundheitspflege und das Steuernwesen erstreckte.

Greiner (Mehrisleben) warnt davor, in allen Fällen das Oberverwaltungsgericht anzugreifen. Während der Bezirksausschuß einem Bescheid aus Mehrisleben stattgegeben habe, hätte das Oberverwaltungsgericht den Protest abgelehnt.

Barfels (Wernigerode) spricht seine Freude über die Konferenz aus und wünscht, daß die Vertreter in Kommunen über 10000 Einwohner prüfen sollen, welches Prinzip bei Aufstellung der Wählerlisten, ob einfacher Durchschnitt oder Zwöftelung, am besten für die dritte Abteilung wirkt.

Finkle (Trohse) weist auf den Umstand hin, daß die bürgerlichen Kreise den Wahlvorstand bei den Wahlen bilden und dabei einen gewissen Terror gegenüber den Wählern auszuüben in der Lage sind. Da die Arbeiter nur in der dritten Klasse antreten, so können sie bei den beiden anderen Abteilungen den Terror nicht verhindern.

Luttmann (Neue Schleuse) macht darauf aufmerksam, daß das Hausbesitzerprivileg sich für die Arbeiter in den kleinen Landgemeinden noch viel drückender bemerkbar macht, als in den großen Städten. Denn die Bauern, die die Grundbesitzer sind, sind meistens für unsere Zwecke nicht zu haben.

Schinkel (Thale) lenkt die Aufmerksamkeit auf die Gemeindevertreterwahl in Thale, wo man seine Wahl zweimal für ungültig erklärt habe, weil er nicht angelesen sei. Er hat zwar die Vollmacht für eine Angelesene gehabt, aber die Gemeindevertretung hat das als Scheingültigkeit bezeichnet, und sowohl Kreis- als auch Bezirksausschuß haben den Ungültigkeitsbescheid der Gemeindevertretung bestätigt. Redner fragt, ob nicht ein Oberverwaltungsgerichtshof ergangen sei, der das durch die Landgemeindeordnung gewährleistete Recht der Vollmachtgebung bestätigt.

Stollberg (Burg) weist darauf hin, daß das Bürgerrechtsgeld auch nach anderer Richtung für die Arbeiterklasse besonders ungünstig wirken kann. In Burg wird für die 3. Abteilung 10 Mark, für die 2. Abteilung 20 Mark, und für die 1. Abteilung 30 Mark Bürgerrechtsgeld erhoben. Jetzt hat man aber die Praxis eingeführt, daß an Arbeiter überhaupt keine Bürgerrechtsbriefe ausgetragen werden, so daß die Arbeiter schließlich ganz ausgeschlossen werden vom Wahlrecht, während die anderen Bezirke zum Bürgerrecht zugelassen werden.

Berns (Magdeburg) verweist auf verschiedene merkwürdige Fälle, in denen das Los bei der Wahl zumunten der Sozialdemokraten entschieden hat. Redner wendet sich gegen die Genossen, die in den Gemeinden sich dazu verhalten lassen, Bürgerliche und Begüterte zu wählen, wenn es an eigenen Kandidaten fehlt. Das solle auf jeden Fall verhindert werden, damit man keine Enttäuschungen erleide.

Mühlberg (Alten-Öttersleben) verweist darauf, daß die dortige Gemeindevertreter-Sitzung der Kirche ein Geschenk von 1300 Mark gemacht habe, und daß der Kreis- als auch der Bezirksausschuß den Bescheid, indem er diesen Bescheid bestätigte.

Greiner (Mehrisleben) fragt nach den Rechten der Stadtverordneten-Berammlung in bezug auf Anstellung und Entlassung von Polizeibeamten.

Koch (Groß-Öttersleben) hebt hervor, daß viele Gemeindevertreter freiwillig auf ihre winzigen Rechte zugunsten der vorgelegten Behörde verzichten.

Dr. Krohn (Halberstadt) beantwortet die Anfrage Greiners, indem er darauf aufmerksam macht, daß in bezug auf die Polizei nur der leitende Bürgermeister, nicht der Magistrat verantwortlich sei, und zwar auch nur gegenüber der vorgelegten Behörde, nicht gegenüber der Stadtverordneten-Berammlung. Die letztere habe zwar die Gelder zu bewilligen, nicht aber Einfluß auf Anstellung oder Entlassung von Polizeibeamten. Weims erinnert noch daran, daß in Barby eine große Anzahl Arbeiter keinen Bürgerrechtsbrief erhalten haben, so daß dann die Bürgergeldforderung verjährt und damit ihr Wahlrecht illusorisch gemacht wurde. Zu dem Fall Schmittel hebt Redner hervor, daß der Bezirksausschuß ausdrücklich entschieden habe, daß die Ernennung der Stimmvollmacht einer Angelesenen an einen Nichtangelesenen auch das passive Wahlrecht in sich schließt. Die Wahl sei nur für ungültig erklärt, weil die Vollmachtgeberin inzwischen ihren Besitz veräußert habe, so daß auch sie nicht mehr „angelesen“ sei. Nach Redners Meinung kommt aber die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts in Betracht, wonach die Wahl gültig sei, wenn die Bedingungen der Wählbarkeit am Tage der Wahl bestehen. Redners hätte die Gemeindevertretung alle diese Schwierigkeiten wohl nicht gemacht, wenn der Gewählte nicht zufällig Sozialdemokrat gewesen wäre.

Folgender von Klotz (Waltersdorf) eingebrachtter Antrag wird von Klus (Magdeburg) begründet:

Die Gemeindevertreter-Konferenz beschließt:  
Die sozialdemokratischen Vertreter in den Stadt- und Landgemeinden mögen in ihren Vertretungen den Antrag stellen, daß die Gemeindevertretungen baldmöglichst vom Petitionsrecht um Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts mit Beteiligung des Hausbesitzerprivilegs für die Kommunalwahlen Gebrauch machen.  
Der Antrag wird nach kurzer Debatte einstimmig angenommen.

Nach der Mittagspause beginnt die Debatte über das Schulwesen.

Friede (Ovenstedt): Bezüglich der Schule und der Schulverwaltung liegt es auf dem Bunde noch sehr im argen. Die Großgrundbesitzer und großen Bauern schicken ihre Kinder in die Schulen der benachbarten Städte und haben deshalb an dem Ausbau der Schule auf dem Dorfe kein andres Interesse, als die Lasten möglichst niedrig zu halten. Dazu kommt, daß nicht die besten Kräfte unter den Lehrern nach dem Lande drängen. Wenn das Grundgehalt der Lehrer auch jetzt 1200 Mark beträgt, so läßt doch dieser Satz noch viel zu wünschen übrig. Allerdings ist zu beachten, daß die Lehrer auf dem Lande vielfach unsere kräftigsten Gegner sind und daß deshalb unsere Genossen vielfach noch der Meinung sind, daß unsere Vertreter diesen Herren gegenüber nicht so heldenhaft sein brauchen. In dieser Hinsicht ist noch viel Aufklärung nötig.

Finkle (Trohse): Das Schulunterhaltungsgebot, das seit 1906 in Kraft ist, gibt die Möglichkeit, auf dem Lande manches nachzuholen, was die Städte bisher schon erreichen konnten. Allerdings wird bei der Lastenverteilung nicht immer ganz gerecht verfahren.

Klotz (Groß-Öttersleben) hebt hervor, daß die Schulverbände nach und nach den Gemeindevertretungen ganz die Entscheidung über den Schulleist abnehmen, wie das in Öttersleben-Benedenbeck der Fall sei.

Finkle (Trohse) hält die Schulverbände für einen wesentlichen Fortschritt, den wir unterstützen müssen.

Wittmann (Magdeburg) hebt demgegenüber hervor, daß der Schulverband deswegen gegründet wurde, um der Regierung die Unterstützungsspflicht abzunehmen. Deshalb sei Vorsicht beim Schulverband gegenüber wohl am Platze.

Peus (Dessau): Bei uns in Anhalt haben wir die Staatschule, so daß wir in der Gemeinde gar nichts dazu zu sagen haben. Die Staatschule ist zwar sehr gut, hat aber auch ihre Schattenseiten. Man kann also auch für die freie Schule vieles übrig haben und die Schulverbände für nützlich halten.

Witzger (Lemsdorf) bringt Einzelheiten aus dem Schulleist von Lemsdorf zur Sprache und betont die Wichtigkeit, gegenüber der Bildung von Schulverbänden auf dem Posten zu sein, damit die Regierung sich nicht von der Unterstützungsspflicht drücken könne.

Zum Punkte Sozialpolitik führt der Gauleiter Strunk aus, er hätte die Ausführungen des Genossen Girsch von der Bildung einer Arbeiteraristokratie mit einem trocknen und einem nassen Auge angehört. Bei dem Verdienst, den die städtischen Arbeiter beziehen, sei eine solche Gefahr nicht vorhanden. In Magdeburg seien in letzter Zeit Entlassungen von Arbeitern erfolgt, die bis zu 10 Jahren im Dienste der Stadt tätig gewesen seien. Wenn diese Kategorie von Arbeitern einen höheren oder auch nur einen solchen Lohn hätte wie die Arbeiter in den Privatindustrien, so könnten sie auf mancherlei Vergünstigungen der Stadt ruhig verzichten. Jedenfalls fehlt noch sehr viel, bevor die städtischen Betriebe zu Werkbetrieben werden.

Jung (Hundsburg) spricht den Wunsch aus, überall für feste Anstellung der Hebauamen einzutreten.

Barfels (Wernigerode) meint, es sei gewiß Pflicht, für die städtischen Arbeiter einzutreten. Jeder müsse er aber konstatieren, daß gerade diese Arbeiter für die Forderungen der übrigen organisierten Arbeiter nicht zu haben seien. In Wernigerode sei man dem Gedanken nahegetreten, bei Arbeitslosigkeit den organisierten Arbeitern eine Zuwendung in bar zukommen zu lassen. Es liege aber die Gefahr vor, daß diese Zuwendung als Armenunterstützung betrachtet werde. Redner erbittet darüber Auskunft, ob sich dieses Unglück nicht verhindern lasse.

Peus (Dessau) tritt dem Standpunkt, daß man als Gemeindevertreter trotz alledem für die nichtorganisierten Arbeiter eintreten müsse. Die Sozialdemokratie habe sich die Hebung der Lage der gesamten Arbeiterklasse vorgenommen.

Landsberg (Magdeburg) betont, daß die Partei Sozialpolitik um ihrer selbst willen treibe, nicht aber wegen anderer Rücksichten. Wir müssen alle Arbeiterwünsche befürworten, wenn sie begründet sind.

Wittmann (Magdeburg) bespricht die Frage der kommunalen Arbeitslosenfürsorge und die einzelnen Schritte, die bisher angewandt worden sind. Wenn unsere Genossen in den Gemeindeparlamenten in dieser Frage etwas tun wollen, können sie nur das Gesezte Geseht in Vorlag bringen.

Krohn stellt richtig, daß er nicht die heutigen städtischen Arbeiter als Arbeiteraristokratie bezeichnet habe. Die Gemeindearbeiter müssen auch über ihre Lage aufklärt und für den Klassenkampf gewonnen werden. Die städtischen Bezirke sind heute leider noch nicht numerarhaft, sondern es aber werden. Was die Frage der Arbeitslosenunterstützung betrifft, so garantiert niemand dafür, daß nicht das Oberverwaltungsgericht eine Arbeitslosenunterstützung, die tatsächlich nicht als Armenunterstützung gedeutet worden, doch für eine solche erklärt und deshalb das Wahlrecht den Unterdrückten aberkannt.

Barfels bemerkt verständig, daß er ebenfalls auf dem Standpunkt stehe, daß Sozialdemokraten für die Gemeindearbeiter eintreten müssen.

Zum Punkt Gesundheitspflege spricht zunächst Klotz (Groß-Öttersleben): Von Gesundheitspflege ist auf dem Lande im allgemeinen wenig zu merken. Höchstens daß einmal die Polizei zur Säuberung der Straßen u. dergl. aufordert. Auf diesem Gebiete muß aber gerade von unserer Seite viel mehr geschähen. Wenn das nicht bisher geschä, dann, weil die Mittel nicht zur Verfügung stehen. Redner macht auf die Möglichkeit aufmerksam, daß Gesundheitskommissionen gebildet werden können. Aber auch davon darf nicht allzuviel erwartet werden, denn ihre Leitung liegt wieder in Händen unserer Gegner. Jedoch müssen wir auf der Bildung solcher Kommissionen bestehen, um dort unsere Wünsche bezüglich der sanitären Einrichtungen der Gemeinden zur Geltung zu bringen.

Dr. Krohn (Halberstadt) hat als Arzt ein besonderes Interesse für die öffentliche Gesundheitspflege. Es sehe auf diesem Gebiete in den Städten, besonders in den Mittelstädten, nicht viel anders aus als in den Landgemeinden. Zwei Dinge sind es, die als ein nationales Unglück bezeichnet werden müssen: die Ausbreitung der Tuberkulose und die Mindererblichkeit. Hier können die Gemeindevertreter ungemein viel leisten. Redner erörtert an der Hand von Beispielen aus Halberstadt die Tätigkeit der Gemeinde auf dem Gebiete der Gesundheitspflege. Bedeutend sei, daß in die Armenpflege nach und nach ausschließlich in den Händen der Bürgerlichen befindet.

Finkle (Trohse) bedauert das Fehlen jeder Sanitation auf dem ländlichen Lande. Die Gründung von Zweckverbänden sei für die Lösung dieser Frage sehr notwendig. Viele Behälter könnten durch eine geregelte Abfuhr der Fäkalien beseitigt werden. In der Frage der Erhaltung gemeindefürsorglicher Schlachthäuser müsse nach mehr Arbeit geschäht werden. Damit ist die Debatte über diesen Punkt beendet. Genosse Brandes fordert auf, wenn die Gesundheitskommissionen häufig sind, in der Presse Kritik zu üben.

Zum Punkt Armen- und Waisenpflege liegen Wortmeldungen nicht vor. Es folgt der Punkt Steuerfragen.

Krohn verbreitet sich über die Umsatz- und Wertzuwachssteuer. Redner meint, es sei unrichtig, die Umsatzsteuer abzulehnen.

Dr. Krohn (Halberstadt) ist Gegner der Umsatzsteuer und Anhänger der Wertzuwachssteuer.

Peus (Dessau) gibt der Meinung Ausdruck, daß so lange für die Verhinderung der Umsatzsteuer eingetreten werden müsse, wie keine Wertzuwachssteuer vorhanden sei. Zu erwägen sei eine Kombination dieser beiden Steuerarten mit der hiesigen Grundwertsteuer. Redner wünscht, daß bei einer zweiten Konferenz das weite Gebiet der Steuern und Gebühren in den Städten und Gemeinden eingehender behandelt werde. In diesen Fragen immer das Nichtigste zu treffen, sei schwer, so z. B. hinsichtlich der Konzessionen. Tatsache sei doch, daß ein Haus bei Erteilung der Konzession sofort einen bedeutend höheren Wert erlangt. Man könne also wohl zu der Ansicht kommen, aus diesem Grunde eine Konzessionsteuer zu erheben. Jedenfalls sei es schwerer, Gemeindevertreter als Reichstagsabgeordnete zu sein. (Beifall.)

Der Vorsitzende Brandes stellt fest, daß Genosse Girsch ein allgemeines Referat halten sollte und deswegen nicht eine Spezialfrage so behandeln konnte, wie Peus es wünschte. Später werde das wahrscheinlich nachgeholt werden.



Schon wieder ein Kind verbrannt. Von einem schweren Schicksalsschlag ist die Familie Rehfuss, Kleine Driesdorfer Straße 35, betroffen worden.

Ein unehelicher Einlogierer. Festgenommen wurde der Arbeiter Willi S., der hier in der Vahnhofstraße als Mechaniker Hermann Schumann gewohnt, einem Vogelfolger ein Paar Schnitzschuhe und seiner Wirtin einen kleinen Geldbetrag gestohlen hat.

Die Liebe zur Freiheit. Am Sonnabend vormittag gegen 11 1/2 Uhr sollte eine Frau Th., Georgenstraße 3 wohnhaft, zwecks Strafvollstreckung durch einen Gerichtsdienner verhaftet werden.

Ein falscher Pfandschein. Vor etwa 10 Tagen hat ein junger Mann an eine hiesige Schankwirtin einen Pfandschein von einem hiesigen Pfandleiher, über ein Bett, sechs Bettbezüge und drei Dutzend Handtücher lautend, für 6 Mark verkauft.

Allelei Ausreden kommen bei Verhandlungen gegen Fleischermischer und Wurstfabrikanten zulage. So behaupten viele Meister, in deren Pachtfleisch schwebige Säure gefunden wurde, sie hätten dem Fleisch kein Präservativ zugesetzt, entweder sei solches Salz selbst zum Reinigen des Fleisches verwendet, oder aber das Reinigungsmittel, Soda ufm., müsse schwebige Säure enthalten haben.

Gefasste Einbrecher. In der Nacht zum 9. d. M. ist, wie feinerzeit berichtet, in der Großen Driesdorferstraße in ein in der 1. Etage gelegenes Anitor eingebrochen und sind 1/10 Kisten Zigarren und drei Geldschrankschlüssel gestohlen worden.

Vorsäure in Wurst. Den Fleischern ist bei Verwendung importierter Därme größte Vorsicht anzuraten, denn es kommt vor, daß solche Därme mit der durch Bundesratsbeschluss verbotenen Vorsäure konserviert sind, was zu schweren Unannehmlichkeiten führen kann.

Kunstgewerbeverein. Den nächsten Vortrag des Vereins hat Dr. Richard Hamann (Berlin) übernommen; er wird am Mittwoch den 3. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saal des Stadtmuseumshauses (Hofstraße) über „Erscheinung und dekorative Kunst“ sprechen.

Der Kunstverein hat aus dem ihm durch letztwillige Bestimmung des Herrn Hermann Brunner zur Verfügung gestellten Brunner-Fonds zwei kleinere Werke des früher in Magdeburg tätigen Künstlers Paul Büch (München) erworben, um sie dem Kaiser-Friedrich-Museum zu überweisen.

Aus den Theaterbureaus wird uns geschrieben: Stadttheater. Die Igl. Kammerlängerin Erika Wedekind wird hier noch einmal gastieren, und zwar am Freitag den 12. Februar in der Partie des Eochens in Richard Wagner's „Die Meistersinger von Nürnberg“.

Wilhelm-Theater. Die neue Operette „Nub' oder Wädel“ gefüllt mit jeder Wiederholung immer mehr. Die Schläger: Das Bagodenduet, ein entzückendes Walzerduett, der Protesmarisch, das Mondlied, das Gentlemenlied sowie das Tanzduett mit dem Kestem „Immer nur der Eine“ werden jeden Abend geradezu stürmisch applaudiert.

Virtus. Heute Montag abend beginnen neben einem vorzüglichen Spezialitäten-Programm die Ringkämpfe um die Preise von 6000 Mark.

Im Tonbild-Theater, Breiter Weg 23, ist für diese Woche wieder ein häßliches Familien-Programm zusammengestellt worden. An Tonbildern gelangen Die Weichte von Franz v. Supps, das Telephon-Lied aus der Operette „Havana“ und einige Musikalische Scherze zur Aufführung.

Table with 2 columns: Mitgliederbestand am 30. Januar, Krankenbestand am 30. Januar. Includes sub-totals for men and women, and percentages.

Letzte Nachrichten. Weitere Wahlrechtserhebungen. SpB. Berlin, 1. Februar. (Eign. Drahtber. d. „Volksst.“) Aus folgenden Städten werden noch Straßendemonstrationen gemeldet: In Kiel beteiligten sich 12 000 Personen an der Demonstration.

Sozialdemokraten im Kirchenrat. München, 1. Februar. Bei der gestern vorgenommenen Wahl des Kirchenrats und der Ergänzungswahl der Kirchenverwaltung der katholischen Kirche in München-Sending legten die Sozialdemokraten mit starken Majoritäten über die liberal-merikale Liste.

Der Bergarbeiterkongress. Berlin, 1. Februar. (Eign. Drahtber. d. „Volksst.“) Der deutsche Bergarbeiterkongress begann heute seine Beratungen. Genosse Sacke betonte, daß das Fernbleiben der Christlichen ein dauerliches Zeichen von Kurzsichtigkeit darstelle.

Russische Polizei. \* Petersburg, 1. Februar. Die vom Zentralkomitee der russischen sozialrevolutionären Partei bewirkte Entlassung des Polizeispiegels Azew hat jetzt hier zu einer Verhaftung geführt, die in der ganzen Welt das größte Aufsehen erregt.

SpB. Petersburg, 1. Februar. (Eign. Drahtber.) Die Verhaftung Lopuchins gingen mehrstündige Beratungen von hohen Beamten des Ministeriums des Innern und der Justiz voraus.

SpB. Wiesbaden, 1. Februar. Die hiesige Versteigerung kündigte den Verzug mit den Krankenkassen zum 1. Juli 1909.

SpB. Peking, 1. Februar. (Eign. Drahtber. d. „Volksst.“) Die berühmte Blumenboot-Flotille ist abgebrannt. 500 Personen sind dabei zu Tode gekommen.

SpB. Petersburg, 1. Februar. (Eign. Drahtber. d. „Volksst.“) Dem berühmten Rechtsanwalt Scholow, dem früheren Gehilfen des Reichskontrolleurs Sitow, sowie in den Häfen von 20 anderen Vornehmen wurde gestern Hausdurchsuchung angehalten.

SpB. Petersburg, 1. Februar. (Eign. Drahtber. d. „Volksst.“) Die Verhaftung Lopuchins erfolgte unter der Anklage des Hochverrats. Lopuchin soll selbst den Spitzel Azew bei den Sozialrevolutionären verraten haben und auch bei dem geplanten Attentat gegen den Zaren beteiligt gewesen sein.

Vereins-Kalender. Deutsche Maurer-Verband, Zahlstelle Magdeburg. Dienstag, 2. Febr., abds. 8 Uhr, Mitgliederversammlung im „Sachjenhof“. Geselligkeitsklub Gemütlichkeit, Alte Reustadt. Dienstag abends 8 1/2 Uhr Übungsstunde bei Winter, Köpfer Str. 6. Wetterhufen. Sozialdemokratischer Verein (Frauen-Abteilung). Am Mittwoch den 3. Februar, abends 8 Uhr, Lesabend bei Heinrich Dite.

Wettervorhersage. Dienstag den 2. Februar: Veränderlich, geringe Niederschläge tagsüber milt. —

Für Tapezierer! In Schnurfadon unterhalte ich stets grosses Lager u. offeriere solchen a 35 Pf. das Kilogramm. Bindfaden-Generaldapot Karl Friedr. Schmidt, Weinfassstrasse Nr. 5. 3203

Hustenstillen-Bonbons mit Honig, Malz, Althtee, Cacho, Eukalyptus u. Menthol- u. Geschmack. Bestes Mittel gegen Husten, Heiserkeit, Katarrh usw. 3237 1/2 Pfund 20 Pfennig zu haben in allen Lagern des

Konsumvereins für Magdeburg u. Umg.

Zigarren-Spezialitäten zum Wiederverkauf Belinda Trumpf anerkannt gute 5 Pf. H. Dachenhausen, Peterstrasse 22. 3337

Altes Gold u. Silber taufte und umm. A. d. höchst. Preis in Zahlung R. Quindt, Uhrm. R., Sobenpfortstr. 23

Zu verkaufen: 1 Blüschhofa 1 Vertiko u. 1 Truureau mit Stufe (Auhbaum, Seinhorn, Gelackter Str. 21, v. I.

Tiefschwarze Tinte empfiehlt Buchhol. Volksstimme Lemsdorf. Eine Wohn. 2 Stub. Kam u. R. 31. April v. verm. Zu ertr. Dierstedter Straße 6 Weststr. 1 Wohnung, 54 Tr. 3. verm. Erdl. W. St. R. R. n. 3. Gr. Ottersleben, Frankenselde 7, b. Dahlheim Burg Jerßter Str. 22 Burg Jeden Mittwoch frische Wurst. Sonnabend Knoblauchwurst. Ernst Gisse. 3504

Wilhelm-Theater Dienstag und Mittwoch Sensationelle Novität! Großer, durchschlagender Erfolg. Nub' oder Wädel. Schläger: Bagodenduet, Walzerduett, Protesmarisch, Mondlied, Gentlemenlied und Tanzduett. „Immer nur der Eine.“ Donnerstag: Walzertraum. Freitag: Die Dollarprinzessin. Sonnabend: Der fidele Bauer.

Geschäfts-Uebernahme.

Meiner werten Kundschaft zur gefälligen Nachricht, dass ich mein Delikatess- und Südfrucht-Geschäft an Herrn Otto Schmidt übertragen habe. Indem ich für das mir geschenkte Vertrauen bestens danke, bitte ich dasselbe auch meinem Nachfolger entgegenbringen zu wollen. Achtungsvoll Frau Anna Reichhelm. 3429 Auf vorstehendes bezugnehmend, teile dem verehrten Publikum von Magdeburg und Umgegend hierdurch ergebenst mit, dass ich mit dem heutigen Tage das Delikatess- und Südfrucht-Geschäft von Frau Anna Reichhelm Nr. 9/10 Jakobstrasse Nr. 9/10 künlich übernommen habe. Ich werde bemüht sein, bei billigsten Preisen nur frische und reelle Ware zu liefern, und bitte ich um Ihre freundliche Unterstützung zu meinem neuen Unternehmen. Hochachtungsvoll Magdeburg, den 1. Februar 1909. Otto Schmidt.

Stadt-Theater. Dienstag den 2. Februar 1909 Der Sid. Mittwoch den 3. Februar 1909 Die verführte Glode. Sonntag den 7. Februar 1909 Carmen. Die Aufführungen des Zyklus Der Ring des Nibelungen findet außer Absehung statt.

Scheuertücher offeriere an Wiederverkäufer von 7.50 Mark pro 100 Stück an. 3536 Aelteste Scheuertuch-Großhandlung Carl Friedr. Schmidt, Magdeburg Weinfassstrasse 5. Fernruf Nr. 947.

Greiner: In Adersleben haben bisher die bürgerlichen...  
Stadtoberordneten die Einführung der Umsatz- und Wertzuwachssteuer abgelehnt. Jetzt ist die Frage wieder aktuell geworden, aber gerade die Hausbesitzer sind die heftigsten Gegner dieser Steuer. Was die Schenkungssteuer anlangt, so kann man sich der Ansicht kaum nicht anschließen. In Adersleben läßt ein Millionär durch Mittelspersonen Häuser bauen und als Stadtoberordneter hat er einen gewissen Einfluß auf die Vermittlung von Konzeptionen. Seine Grundstücke erhalten also durch die Konzeption einen höheren Wert. Von ihm also eine höhere Abgabe zu erheben, scheint durchaus gerecht.

Schröder (Langermünde): Wir haben in Langermünde den Antrag auf Einführung der Wertzuwachssteuer gestellt, da wir dort noch 25 Prozent Zuschlag zur Einkommensteuer bezahlen müssen. Medner fragt, ob die Wertzuwachssteuer mit rückwirkender Kraft ausgeübt werden kann.

Lepp (Jemmerleben) beklagt die Schwierigkeit, in der sich sozialdemokratische Gemeindevorsteher gegenüber den indirekten Steuern befinden. Unbearbeitete Steuer u. U. sollen von uns als indirekt abgelehnt werden, aber Erfolg ist schwer zu finden, wenn die direkte Steuer schon ungemein hoch ist. Besonders treffen diese Schwierigkeiten auf Arbeiterwohnortsgemeinden zu, die fast nur von Arbeiterbevölkerung bewohnt sind.

Sieck führt im Schlußwort aus, daß wir uns von unserer Bekämpfung der indirekten Steuern nicht abbringen lassen dürfen. Denn das Wesen der indirekten Steuern besteht eben darin, daß sie auf die Minderbemittelten abgewälzt werden. Die direkten Steuern treffen die Arbeiter lange nicht so schwer wie die indirekten.

Heber den Punkt: Empfiehlt sich eine Organisation der Gemeindevorsteher für den Bezirk Magdeburg? Referiert Genosse Weims. Der Bezirksvorsitzende ist der Meinung, daß eine derartige Organisation eigentlich nicht notwendig sei, und zwar einmal mit Rücksicht darauf, daß die Parteiorganisation an sich schon genügt und dann auch aus dem Grunde, weil eine verhältnismäßig unvollständige Literatur, die für die Tätigkeit der Gemeindevorsteher in Betracht kommt, vorhanden ist. Auf Verluß des Bezirksausschusses sollen die „kommunale Praxis“ und die „Sozialdemokratische Gemeindebibliothek“ auf Kosten der Kreisämter den Gemeindevorstereen zugänglich gemacht werden. Vor allen Dingen dürfen in den einzelnen Ortsgemeinden nicht alle Mütter einer einzelnen Person eingeholt werden, sondern es müsse eine Arbeitsteilung eintreten. In schwierigen Fällen ist das Bezirkssekretariat zur Unterstützung vorhanden. Es empfiehlt sich auch, die Berichte der „Vollstimmten“ über die Stadtoberordneter-Tätigkeiten in Magdeburg, Halberstadt und anderen Städten zu lesen. Der sein Amt als Gemeindevorsteher richtig ausfüllen will, muß auch die Zeit dazu haben. Unentbehrlich ist das Lesen der „kommunale Praxis“. Wenn das jeder beherzigt, dann kann unsere Tätigkeit in den Gemeindevorstellungen noch viel fruchtbringender gestaltet werden als bisher.

Goß (Remsdorf) erklärt mit Namen der Parteileiter Delegierten, daß er eine Organisation nicht für nötig halte. Als notwendig müsse er aber bezeichnen, daß häufigere Zusammenkünfte der Gemeindevorsteher, aber in kleinerem Umfange, d. h. für jeden Kreis besonders, organisiert werden. Mit dem Ansehen des Bezirkssekretariats als Ausschüsse sei er einverstanden.

Denkspruch: Der mit dem Minister der heutigen Tagung durchsagen werden ist. Er wünscht, daß alljährlich eine Gemeindevorsteher-Konferenz stattfinden und heißt einen dahingehenden Antrag.

Albus (Magdeburg) wünscht noch, daß künftig der Inhalt der Beschlüsse in Form von Zeitungen zur Verfügung gestellt werde.

Goß (Remsdorf) polemisiert gegen den Antrag Goß, der alljährlich eine Gemeindevorsteher-Konferenz abgehalten werden soll. Nebenbei müsse es dem Bezirksausschuss überlassen bleiben, wie man nötig, eine solche Konferenz einberufen.

Albus (Magdeburg) glaubt, daß es im Interesse der Partei gerade glänzenden Hinweis auf die Wichtigkeit der Sache sei, wenn immer nur einige Delegierte der Gemeindevorsteher zu den...

artigen Konferenzen erscheinen. Ludwig (Oberstedt) und Witman (Magdeburg) widersprechen dieser Ansicht auf das allerentschiedenste.

In seinem Schlußwort tritt Weims nochmals für den Antrag ein.

Der Antrag, möglichst alljährlich eine Konferenz abzuhalten, wird angenommen. Nach einem Schlußwort des Genossen Brandes wird die Konferenz um 6 Uhr geschlossen.

### Provinz und Umgegend.

**Bieberitz, 31. Januar.** (Feuer) brach in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag in Geroltsberge auf der unter Konkurs stehenden Fregat des Herrn Strad aus, welches bei dem starken Winde schnell um sich griff, so daß vier Strodschuppen, das Maschinenhaus und ein Brennloof vollständig niederbrannten. Da sich die Fregate außer Betrieb befindet, wird Brandstiftung vermutet.

**Gracan, 1. Februar.** (Gesunde Landluft) Am Sonnabend wurde der Inhalt der Latrine eines Grundstücks an der Bellevuestraße ausgepumpt und die arbeitsfähigen Klärröhren in ruhige Umgebung geleitet. Die unrichtige Leitung gab aber einen beträchtlichen Teil des Gehalts schon vor dem Ausfluß ab, so daß sich an dieser Stelle der bekannte „Fauler See“ in miniature gebildet hatte, wodurch der öffentliche Fußweg natürlicherweise unpassierbar wurde. Wir haben nicht gehört, daß ein Vertreter der Behörde eingeschritten wäre oder die beteiligten Anwohner über diesen Unbehagen an „gesunder Landluft“ protestiert hätten. Der Himmel hatte ein Gleiches und bedeckte die Straße edler Wohlgerüche mit einer Schneedecke, so daß die Sonntagsträgergänger nur einen seltenen Genuß fanden. Und dies kann kaum hundert Schritt von dem Weichbilde Magdeburgs entfernt geschehen! Hierfür du, Herr Vater, weshalb man in unserm Dorfe von der Eingemurung nichts wissen will? So manche liebe alte Gewohnheit müßte dann preisgegeben werden!

**Alein-Sterleben, 1. Februar.** (Gemeindevorsteher-Tagung) Am Mittwoch den 3. Februar findet im Schützischen Lokal eine Gemeindevorsteher-Tagung statt mit der Tagesordnung: 1. Instandhaltung ev. Pflanzung der Amtsgartenstraße; 2. Die Heranziehung der Anlieger zu den Kosten.

**Halberstadt, 1. Februar.** (Eine Stadtverordneten-Tagung) findet am Dienstag nachmittag 4 Uhr statt. — (In einer öffentlichen Versammlung) spricht am Sonntag den 7. Februar im „Lloyd“ Genosse Ritz (Hamburg) über die Steuerfrage der Regierung. Für einen zahlreichem Besuch der Versammlung, die vor allem auch den Frauen besucht werden muß, mögen die Genossen eifrig agitieren.

(Mehr Rücksicht!) Einen schon oft geäußerten Wunsch, dessen Verwirklichung wohl von fernher Seite bestritten werden kann, fräut sich die Verwaltung der elektrischen Straßenbahn noch immer zu erfüllen. So werden bei der jetzigen Witterung in den Wagen der Straßenbahn Schutzmatten an den Seiten in Höhe und Unterlagen an den Bänken sehr vernutzt. Es kann beobachtet werden, daß die Fahrgäste lieber in den Wagen stehenbleiben, als auf den kalten ungeschützten Bänken Platz zu nehmen. Gehrlich überflüssigerweise sind auch im Laufe des Winters in den Wagen liegenden Fußmatten, die etwas günstigerer Witterung eingewaschen herausgenommen und dann bei stärkerem Wetter erst wieder benutzt werden. Diese überflüssige Sparmaßnahme ist hierbei nicht angebracht, vielmehr sollte die Verwaltung derartige Unbequemlichkeiten beseitigen und auf die Fahrgäste der elektrischen Straßenbahn etwas mehr Rücksicht nehmen. In nicht ganz dringenden Fällen wird dem Publikum durch die Rücksichtslosigkeit der Verwaltung die Benutzung der Straßenbahn überdies erleichtert.

**Stahfurt, 1. Februar.** (Resultat der Arbeitslosen-Zählung) Der Magistrat hat dem Gemeindevorsteher mitgeteilt, daß bei der Mitte Januar statt gehaltenen besondern Arbeitslosen-Zählung 192 Arbeitslose festgestellt wurden. Davon waren 72 ledig und 80 verheiratet. Die Verheirateten hatten in 21 Fällen zusammen 49 Kinder zu versorgen, während 7 Verheiratete kinderlos waren.

Wir sind schmerzlich enttäuscht über diese behördliche Art einer Arbeitslosen-Zählung. Zunächst konnte sie ja wohl kaum gemacht werden. In diesem behördlichen Resultat fehlt vor allen Dingen die Gliederung nach Altersstufen und Berufen, fehlt die Angabe der Dauer der Arbeitslosigkeit und besonders das Fehlen der eingetragenen Arbeitszeit, was doch von eminenter Wichtigkeit ist. — Noch mangelhafter ist das in Leopoldshall behördlicherweise gemessene Resultat. Dort hat im Auftrage des Ortsvorstehers der Polizeiwachmeister Böhm eine „Ermittlung“ angeestellt. Der Bericht hierüber ist dem Gewerkschaftskartell in dankenswerter Weise abschriftlich mitgeteilt worden. Herr Böhm hat ermittelt, 1. daß in den Monaten September bis November in den größeren industriellen Betrieben Arbeiterentlassungen im größeren Umfange stattgefunden haben; 2. die Zahl der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter im November 1908 im Vergleich zum November 1907; 3. daß nur auf „Concordia“ bisher eine Herabsetzung stattgefunden habe und die Löhne nicht herabgesetzt seien; 4. daß Arbeitslose in diesem Jahre wie auch im Vorjahre hierorts nicht zu verzeichnen sind; 5. daß die Zahl der in den Krankentischen versicherten Arbeiter im allgemeinen nicht zurückgegangen ist. Alle Angaben vor den eingehenden Ermittlungen des Herrn Böhm, aber wenn er seine fleißige, vom 2. Dezember 1908 datierte Arbeit mit den Worten schließt: „Eine Arbeitslosigkeit steht sonach nicht zu befürchten“ — so würde er gehen müßten, daß er sich mit dieser Prophezeiung arg getäuscht hat, denn auch Leopoldshall weist augenblicklich eine ganze Anzahl von Arbeitslosen auf, ungerader die, die mit beschränkter Arbeitszeit beschäftigt sind. Alles in allem gewinnt man aus den beiden behördlichen Arbeitslosen-Zählungen den Eindruck, daß sie veranlaßt sind vom Gesundheitsamt des Amtsvorstehers und nicht des Sozialpolitikers. Für sozialpolitische Zwecke sind sie nahezu unbrauchbar, wenn auch der Stahfurter Bericht trotz seiner Unvollständigkeit beweist, daß die Arbeitsverhältnisse sehr schlecht sind.

**Wernigerode, 1. Februar.** (Das Intelligenzblatt) läßt ein Klagenstück darüber erkennen, daß wir noch immer unter dem Eindruck der November-Verhältnisse stehen und danach auch die meisten Ratensgeburtstagen an Orte gestimmt gemein seien. Wir müssen gestehen, daß wir leider nichts davon gemerkt haben, denn wir am 27. Januar in später Abendstunden durch die Straßen der Stadt gingen, für sonstige eine recht erhebliche Anzahl von Personen beobachtet, denen nichts einer zu liegen schien, als sich den Kopf über die Ereignisse zu zerbrechen. Wäre wirklich in den bürgerlichen Kreisen heute noch so etwas wie Wahlstimmung vorhanden, dann würden jene Kreise, als Ehrliche Patrioten, gerade an der Geburtstagsfeier mit der größten Entscheidungsbereitschaft eingetreten sein, daß dem deutschen Volk in Zukunft derartige Vorgänge erspart bleiben und dem Volke die Rechte gewahrt werden, die solchen Vorkommnissen vorbeugen. Wir haben keine Veranlassung, uns auf die politische Vorentscheidung zu legen und mit hoher Zuversicht in die Zukunft zu blicken, sondern es ist Pflicht des deutschen Volkes, die Augen weit offen zu halten und allen Erscheinungen am politischen Himmel mit Aufmerksamkeit zu folgen.

### Gerichts-Zeitung.

**Landgericht Halberstadt.**

Sitzung vom 30. Januar 1909.

Verordnung: Der Akquisiteur Waldemar Krausen aus Luedlindung ist vom dortigen Schöffengericht zu 100 Mark Geldstrafe eventuell 20 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Im November vorigen Jahres soll der Angeklagte bei einem Streit auf der Straße ein junges Mädchen mit Totschlag bedroht haben. Da festgestellte wird, daß die Drohung nicht ernstlich gemeint war, erfolgt auf die von R. eingelegte Berufung Freisprechung.

Verurteilung eines Fahrrads. Vom Schöffengericht in Luedlindung ist der vorbestrafte 17jährige Arbeitsschlichte Fritz Heuniger aus Thale wegen Diebstahls zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der Angeklagte wird beschuldigt, am 18. Mai im Weddersleben ein Fahrrad im Werte von 120 Mark geklaut zu haben. Die gegen das Urteil eingelegte Berufung wird verworfen.

**Die Selbsttötung gegen Dr. Just**  
nehme ich zurück. G. Gauß, 1905

**Marie Zinner**  
geb. Staeder  
im 38. Lebensjahre. 1902  
Dies zeigen mit der Bitte um stille Teilnahme tiefbetrübt an  
**Die trauernden Hinterbliebenen.**  
Die Beerdigung findet am Dienstag nachmittag 4 Uhr von der Kapelle des Herrn Kirchhofs Friedhof aus statt.

**Dankagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Vaters, des Stillmachers **Karl Ellert** sagen wir auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank.  
Magdeburg, den 30. Januar 1909.  
**Die trauernden Hinterbliebenen.**

**Stadtsamt.**  
**Magdeburg-Markt, 29. Januar.**  
Aufgebote: Schützinger Karl...  
**Endenburg, 30. Januar.**  
Aufgebote: Schützinger Karl...  
Geburten: Karl, 2. des Arbeiters Hermann...  
Todesfälle: Karl, 2. des Arbeiters Hermann...

**Neustadt, 30. Januar.**  
Aufgebote: Dreyer Friedr...  
Geburten: Karl, 2. des Arbeiters Hermann...  
Todesfälle: Karl, 2. des Arbeiters Hermann...

**Stahfurt, 30. Januar.**  
Aufgebote: Dreyer Friedr...  
Geburten: Karl, 2. des Arbeiters Hermann...  
Todesfälle: Karl, 2. des Arbeiters Hermann...

**Trauer Hüte**  
**Blusen**  
**Röcke**  
**Schleier**  
**Flore**  
**Handschuhe**  
etc.



**Lange & Münzer**  
51a Breifeweg 51a

**Wernigerode, 30. Januar.**  
Geburten: Gustav, 2. des Kaufmanns...  
Todesfälle: Karl, 2. des Arbeiters Hermann...

**Stahfurt, 30. Januar.**  
Aufgebote: Kaufmann Hermann...  
Geburten: Karl, 2. des Arbeiters Hermann...  
Todesfälle: Karl, 2. des Arbeiters Hermann...

2.2.1909

**Schon wieder ein Kind verbrannt.** Von einem schweren Schicksalsschlag ist die Familie Rehtsch, kleine Diesdorfer Straße 85, betroffen worden. Am Sonntag abend gegen 8 Uhr hatte sich Frau Rehtsch auf eine kurze Zeit aus ihrer Wohnung entfernt und ihre drei Kinder allein zurückgelassen. Beim Spielen geriet das 4jährige Mädchen Ella mit ihren Kleidern dem Ofen zu nahe und im Handumdrehen war die Kleine in Flammen gefasst. Durch das marterquälende Geschrei der Kinder wurde der im selben Hause wohnende Regierungsdiätar K. aufmerksam. Er drang durch ein Fenster in die Wohnung ein und rettete die Kinder, obwohl er selbst bei dem Rettungswert schwere Brandwunden erlitt und sich sofort in ärztliche Behandlung begeben mußte. Die herbeigerufene Sanitätskolonne der Feuerwehr legte den drei Kindern, von denen das 4jährige Mädchen am schwersten verletzt war, Notverbände an und sorgte für Ueberführung des letzteren nach dem Altkübler Krankenhaus. Dort ist die kleine Ella am Montag früh ihren Verletzungen erlegen. Die beiden andern Kinder, deren Kleider ebenfalls schon zu brennen angefangen hatten, befinden sich außer Lebensgefahr. —

**Ein unechtes Einlogierer.** Festgenommen wurde der Arbeiter Willi S., der hier in der Bahnhofsstraße als Mechaniker Hermann Schumann gewohnt, einem Logistkollegen ein Paar Schnürschuhe und seiner Wirtin einen kleinen Geldbetrag gestohlen hat. —

**Die Liebe zur Freiheit.** Am Sonntagvormittag gegen 11 1/2 Uhr sollte eine Frau Th. Georgenstraße 3 wohnhaft wecks Strafvollstreckung durch einen Gerichtsdienner verhaftet werden. Als dieser mit einem Schutzmännchen in die Wohnung kam, sprang die Frau aus einem nach dem Hofe gelegenen Fenster des zweiten Stockwerks auf eine hölzerne Galerie und drach das rechte Bein flüchtig aber noch in eine Wohnung im Hause Georgenstraße 5, von wo sie dann in die Krankenanstalt Altkübler gebracht wurde. —

**Ein falscher Pfandschein.** Vor etwa 10 Tagen hat ein junger Mann an eine hiesige Schauphänlerin einen Pfandschein von einem hiesigen Pfandleiher, über ein Bett, sechs Bettbezüge und drei Duzend Pfandscheine laufend, für 6 Mark verkauft. Wie festgestellt ist, der Pfandschein fälschlich angefertigt. Der Unbekannte, der angegeben hat, die verpfändeten Sachen gehörten seinem Freunde, der erst seit kurzem verheiratet und in Not geraten sei, ist etwa 22 Jahre alt, 1,60 Meter groß, schlant, hat rundes, volles Gesicht, schwarzes Haar und kleinen dunkelblonden Schnurbart. Er war bekleidet mit dunkeln Winterbergzieher und schwarzem, fleissem Hut. —

**Allerlei Ausreden** kommen bei Verhandlungen gegen Fleischermeister und Wurstfabrikanten zur Sprache. So behaupten viele Metzger, in deren Fleisch schwebliche Säure gefunden wurde, sie hätten dem Fleisch kein Prätervekal zugesetzt, entweder sei solches Salz selbst zum Reinigen des Wolfes verwendet, oder aber das Reinigungsmittel, Soda usw., müsse schwebliche Säure enthalten haben. Beim entdecken Fäulnis von Wursthüllen oder beim verbotenen Wehzzusatz zur Wurst kommen die Angeklagten damit, ihre Leute hätten die verbotenen Substanzen gegen ihr ausdrückliches Verbot verwendet. Diese Ausreden haben aber fast nie einen andern Erfolg, daß nicht Willkürlichkeit, sondern Zahrlässigkeit angenommen wird. Die erkannten Geldstrafen ober sind so ziemlich dieselben. —

**Gefasste Einbrecher.** In der Nacht zum 9. d. M. ist, wie feinerzeit berichtet, in der Großen Diesdorferstraße in ein in der 1. Etage gelegenes Knutor eingebrochen und sind 7/8 Kisten Zigarren und drei Geldschrankschlüssel gestohlen worden. Die Diebe sind jetzt von der Kriminalpolizei in den Personen des wegen Diebstahls verhafteten Arbeiters Otto K. und des Arbeiters Franz S. von hier ermittelt und festgenommen worden. S. trug bei seiner Festnahme die gestohlenen Geldschrankschlüssel bei sich. In einem der Schlüssel war gefüllt, um ihn anscheinend zu einem andern Geldschrank passend zu machen. Bei der Durchsuchung der Wohnung des S. ist eine Konzerttrommel vorgefunden worden, die in der Nacht zum 29. November 1908 mit noch andern Sachen aus dem Klubhaus des Ruderkubs „Werder“ auf dem roten Horn gestohlen worden ist. Ferner wurde ein festhängender Radfänger mit Ebenholzgriff in einer schwarzen Lederseide, heides mit verziertem Metallschlag, vorgefunden, der jedenfalls auch gestohlen ist. In der Klinge befinden sich frische Blutspuren, die wahrscheinlich vom Abtöten gestohlenen Geflügels herühren. —

**Vorsäure in Wurst.** Den Fleischermeistern ist bei Verwendung importierter Därme größte Vorsicht anzuraten, denn es kommt vor, daß solche Därme mit der durch Bundesratsbeschluß verbotenen Vorsäure konserviert sind, was zu schweren Unannehmlichkeiten führen kann. So hatte der Fleischermeister Wilhelm Zierwogel hier solche Därme zur Herstellung von Wurst verwendet, von der polizeilicherseits eine Probe entnommen wurde. Im Zierwogelschen Geschäft wurde aber weder Vorsäure noch irgendein Konservierungsmittel gefunden, trotzdem bezugsfertete der Direktor des städtischen Nahrungsmitteluntersuchungsamts, Dr. Kappelstein, die Probe enthalte eine allerdings sehr geringe Menge Vorsäure. Zierwogel wurde angeklagt und stand am Freitag vor dem hiesigen Schöffengericht. Seine Angabe, bei ihm käme Vorsäure nie ins Haus, konnte nicht widerlegt werden. Das Gericht nahm an, daß die Vorsäure durch die Därme in die Wurst geraten sein könne, eine Möglichkeit, die auch der Sachverständige zugab, den Angeklagten daher kein Verschulden trafe, und erkannte auf Freisprechung. —

**Kunstgewerbeverein.** Den nächsten Vortrag des Vereins hat Dr. Richard Hamann (Berlin) übernommen; er wird am Mittwoch den 3. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des Stadtmissonshauses (Hofelbachstraße) über „Erlebnisse in Kunst und dekorative Kunst“ sprechen. Die Magdeburger haben in diesen Wochen Gelegenheit, Dr. Hamann, der von Geburt ein Magdeburger ist, über den Dom und seine künstlerische Bedeutung eingehend sprechen zu hören. Es wird sie interessieren, daß dieser Forscher, der so exakte und klare Untersuchungen über mittelalterliche Baugeschichte angestellt hat, als sein Hauptgebiet die ästhetische Welt- und Formbetrachtung aufsieht und hier zu scharfsinnigen und geistvollen Resultaten gekommen ist. Das zeigen außer seinen Vorträgen in der Zeitschrift für Kunstgeschichte die Bücher über den Impressionismus und Rembrandts Malereien. Sein Vortrag am kommenden Mittwoch wird eine der interessantesten Fragen in dieser Betrachtungsweise behandeln. —

**Der Kunstverein** hat aus dem ihm durch Ichtwillige Bestimmung des Herrn Hermann Brunner zur Verfügung gestellten Brunnerfonds zwei kleinere Werke des früher in Magdeburg tätigen Künstlers Paul Birk (M. A. n. S. u.) erworben, um sie dem Kaiser-Friedrich-Museum zu überweisen. Es handelt sich um die in der letzten Kunstausstellung vorgeführten Gemälde „Das Hospital“ und „Brunnen am Waldrande“, die den künstlerischen Charakter der hiesigen Naturanschauung besonders klar zur Darstellung bringen. —

**Aus den Theaterbüros** wird uns geschrieben: **Stadttheater.** Die Igl. Kammerlängerin Erika Wedekind wird hier noch einmal gastieren, und zwar am Freitag den 12. Februar in der Partie des Eodens in Richard Wagner's „Die Meistersinger von Nürnberg“. Peter Cornelius' irisches Drama „Der Tod“ wird Dienstag wiederholt. Gerhart Hauptmanns deutsches Märchen drama „Die verunkelte Glocke“ kommt am Mittwoch zum viertenmal zur Aufführung. Am Donnerstag den 4. d. M. beginnen die Aufführungen des Sonderabonnements auf den Zyklus „Der Ring des Nibelungen“, mit dem Vorabend „Das Rheingold“. Die Vorstellung beginnt 7 1/2 Uhr.

**Wilhelm-Theater.** Die neue Operette „Hut“ oder „Mädel gefasht mit jeder Wiederholung immer mehr. Die Schlager: Das Pagodenduet, ein entzückendes Walzduett, der Proteslarisch, das Wondied, das Gentlemanlied sowie das Tanzduett mit dem Reklam „Zimmer nur der Eine“ werden jeden Abend geradezu stürmisch applaudiert. Um die andern beliebten Operetten in jeder Woche wenigstens einmal zur Aufführung zu bringen, kann die Novität nur an wenigen Tagen zur Darstellung kommen, außer Dienstag und Mittwoch kann erst am Sonntag die nächste Wiederholung sein. „Der tapriere Soldat“ wird am Sonntag nachmittag und dann erst in kommender Woche aufgeführt. —

**Zirkus.** Heute Montag abend beginnen neben einem vorzüglichsten Spezialitäten-Programm die Ringkämpfe um die Preise von 6000 Mark. Am ersten Abend werden ringen: Barrowsky gegen Martuffen, Stenze gegen Kewison, Fracht gegen Sabalter. Wie uns Herr Direktor Laniger mitteilt, ist dafür Sorge getragen, daß der Zuschauerraum gut geheizt ist. Das Rauchen ist gestattet. Die Tageskasse ist den ganzen Tag über geöffnet. —

**Im Tonbild-Theater.** Breiter Weg 33, ist für diese Woche wieder ein hübsches Familien-Programm zusammengestellt worden. An Tonbildern gelangen Die Reichte von Franz v. Suppé, das Telephon-Lied aus der Operette „Savanna“ und einige Musikalische Scherze zur Aufführung. Auch das übrige aus lebenden Bildern bestehende Programm ist sehenswert. —

### Allgemeine Ortskrankenkasse.

Die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf den 23. Januar.

Mitgliederbestand am 30. Januar		Krankenbestand am 30. Januar	
männliche . . . . .	5916 (5936)	männliche . . . . .	308 (300)
weibliche . . . . .	1853 (1863)	weibliche, ausschließl. d. Wöchn. . .	70 (65)
zusammen	7769 (7799)	zusammen	378 (365)
männl. 76,2% (76,1%)	weibl. 23,8% (23,9%)	männl. des Wöchl. 5,2% (5,1%)	weibl. 4,9%
		weibl. des Wöchl. 3,9% (3,5%)	4,7%
Wöchnerinnen 22 (20) Mitglieder.		Sterbefälle — (3) Mitglieder.	
Gezahltes Krankengeld am 30. Januar Ml. 3490,83 (3124,05).			

### Letzte Nachrichten.

#### Weitere Wahlrechtsfundgebungen.

StB. Berlin, 1. Februar. (Eign. Drahtber. d. „Volkst.“) Aus folgenden Städten werden noch Straßendemonstrationen gemeldet: In Kiel beteiligten sich 12 000 Personen an der Demonstration. 30 Personen wurden verhaftet. In Neumünster, Elmshorn, Flensburg war die Beteiligung ebenfalls stark.

Zu Zusammenstößen mit der Polizei kam es in Stettin, wo die Demonstranten mit der blanken Waffe angegriffen wurden. 30 Verletzte waren zu verzeichnen.

In Solingen, Reimscheid, Hanau, Wiesbaden und Königsberg nahmen Tausende an der Demonstration teil. —

**Sozialdemokraten im Kirchenrat.** München, 1. Februar. Bei der gestern vorgenommenen Wahl des Kirchenrats und der Ergänzungswahl der Kirchenverwaltung der katholischen Kirche München-Sendling legten die Sozialdemokraten mit starken Majoritäten über die liberal-meritale Liste Damit befindet sich die Verwaltung der genannten Kirche völlig in sozialdemokratischen Händen. —

#### Der Bergarbeiterkongress.

Berlin, 1. Februar. (Eign. Drahtbericht der „Volkstimme“.) Der deutsche Bergarbeiterkongress begann heute seine Beratungen. Genosse Sacke betonte, daß das Fernbleiben der Christlichen ein dauerliches Zeichen von Kurzsichtigkeit darstelle. Als erster Redner sprach Franz Polorny vom Alten Verband über die Notwendigkeit der Anstellung von Grubenkontrolloren aus der Arbeiterkluft und wies dabei auf die große und steigende Zahl der Unfälle hin. Am dem Kongress nahmen 150 Delegierte teil, die 175 000 organisierte Arbeiter vertreten. (Siehe auch den heutigen Leitartikel). —

#### Russische Polizei.

\* Petersburg, 1. Februar. Die vom Zentralkomitee der russischen sozialrevolutionären Partei bewirkte Entlassung des Polizeispitzels Azew hat jetzt hier zu einer Verhaftung geführt, die in der ganzen Welt das größte Aufsehen erregen muß. Der ehemalige Chef der Staatspolizei, Wirklicher Staatsrat Lopuchin, wurde am Sonntag hier verhaftet, und zwar auf die Enthüllungen die über die provokatorische Tätigkeit Azew's gemacht worden sind. —

StB. Petersburg, 1. Februar. (Eign. Drahtbericht.) Der Verhaftung Lopuchins gingen mehrstündige Beratungen hoher Beamten des Ministeriums des Innern und der Justiz voraus. Die Beamten begaben sich in Begleitung von 35 Polizisten, die kugelsichere Panzer trugen, zu Lopuchin, der erst kürzlich war, sich aber bald beruhigte und den Beamten selbst ein wichtiges Schriftstück aushändigte, angeblich ein Schreiben des Revolutionärs Burzoff. Die Nachricht von der Verhaftung Lopuchins und Azeffs bestätigte sich nicht. —

StB. Ludwigschafen, 1. Februar. (Eig. Draht.) Gestrat eine allgemeine Kusperrung der Zimmerer in Kr weil die Zimmerer nicht mit einer Vohnlürzung von 60 auf 55 P pro Grunde einverstanden waren. —

StB. Wiesbaden, 1. Februar. Die hiesige Metzsch kündigte den Vertrag mit den Krankenkassen zum 1. Juli 1909. —

StB. Beking, 1. Februar. (Eig. Draht.) Der „Volkstimme“ Die berühmte Blumenboot-Flotille ist abgebrannt. 500 Personen sind dabei zu Tode gekommen. —

StB. Petersburg, 1. Februar. (Eig. Draht. d. „Volkst.“) dem berühmten Rechtsanwalt Scholow, dem früheren Gehilfen Reichskontrollors Wilow, sowie in den Häusern von 20 and Vornehmen wurde gestern Hausdurchsuchung gehalten. Das besa Mitglied der ersten Duma Fikst Dolgoruki und mehrere andere bekannte Persönlichkeiten wurden verhaftet. —

StB. Petersburg, 1. Februar. (Eign. Draht. d. „Volkst.“) Die Verhaftung Lopuchins erfolgte unter der Anklage des Hochverrats. Lopuchin soll selbst den Spitzel Azew bei den Sozialrevolutionären verraten haben und auch bei dem geplanten Attentate gegen den Zaren beteiligt gewesen sein. —

### Vereins-Kalender.

Kugeln unter dieser Rubrik lassen 5 Pf. die Seite. Bei Zulassung von Meistern für diesen Zeit muß hies der dafür zu entrichtende Betrag beigefügt werden. Andernfalls erfolgt keine Aufnahme. Die Rubriken dürfen nur kurze Hinweise auf Versammlungen, Uebungsstunden u. dergl. enthalten. Zusätze wie „Tagesordnung“, „Schreiben notwendig“ u. dergl. werden gestrichen.

**Deutscher Maurer-Verband, Zahlstelle Magdeburg.** Dienstag, 2. Febr., abds. 8 Uhr, Mitgliederversammlung im „Sachsenh.“

**Gesellschaftsclub Gemütskraft, Alte Markt.** 3. Dienstag abds. 8 1/2 Uhr Uebungsstunde bei Winter, Kogäker Str.

**Westerhufen.** Sozialdemokratischer Verein (Frauen-Abteilung). Am Mittwoch den 3. Februar, abds. 8 Uhr, Besabnd bei Heinrich Otte.

**Halberstadt.** Gewerkschaftskartell. Donnerstag 4. Februar, abds. 8 1/2 Uhr, Sitzung im Gewerkschaftshaus.

### Wettervorhersage.

Dienstag den 2. Februar: Veränderlich, geringe Niederlagsüber mild. —

**== Für Tapezierer! ==**  
In Schnurfaden unterhalte ich stets grosses Lager u. offeriere solchen à 95 Pf. das Kilogramm.  
— Bindfaden-Generaldapot —  
**Karl Friedr. Schmidt, Weinfassstrasse Nr. 5.**  
3203

**Hustenstillen-Bonbons**  
mit Honig-, Malz-, Althzee-, Cachou-, Eufalyptus- u. Menthol- u. Geschmack  
bestes Mittel gegen Husten, Heiserkeit, Ratarrh usw.  
3237 1/2 Pfund 20 Pfennig  
zu haben in allen Lagern des

### Konsumvereins für Magdeburg u. Umg.

**Zigarren-Spezialitäten zum Wiederverkauf**  
**Belinda @ Trumpf**  
— anerkannt gute 5 Pf. —  
**H. Dachenhausen, Peterstrasse 22.**  
3337

**Altes Gold u. Silber** faust und gemmt u. d. höchst. Preis in Zahlung.  
R. Quindt, Altm. N., Sophienstr. 23

**Zu verkaufen:** 1 Bäckstosa u. 1 Vertiko u. 1 Trumeau mit Stufe (Möbelbaum).  
Beinhorn, Helmstedter Str. 21. u. I.

**Tiefschwarze Tinte**  
empfehlen Buchhdl. Volkstimme

**Leinsdorf.** Eine Wohn. 2 Stub. Kam u. R. z. l. April u. verm. Zu erzh. Otersleber Straße 6 Weststr. 1 Wohnung, 54 Tlr. z. verm. Frdl. W. St. R. n. z. Gr.-Ottersleben, Frankensfelde 7, d. Dahlheim

**Burg** Zerbster Str. 22 Burg Jeden Mittwoch frische Wurst. Sonnabend Knoblauchwurst. 3504 **Ernst Giese.**

**Wilhelm-Theater**  
Dienstag und Mittwoch Sensationelle Novität! Großer, durchschlagender Erfolg.  
**Hut oder Mädel.**  
Schlager: Pagodenduet, Walzduett, Proteslarisch, Wondied, Gentlemanlied und Tanzduett. „Zimmer nur der Eine.“  
Donnerstag: Walzgertraum.  
Freitag: Die Dollarprinzessin.  
Sonntabend: Der fidele Bauer.

**Geschäfts-Uebernahme.**  
Meiner werten Kundschaft zur gefälligen Nachricht, dass ich mein **Delikatess- und Südfrucht-Geschäft** an Herrn Otto Schmidt übertragen habe. Indem ich für das mir geschenkte Vertrauen bestens danke, bitte ich dasselbe auch meinem Nachfolger entgegenbringen zu wollen. Achtungsvoll  
3429 Frau Anna Reichhelm.

Auf vorstehendes bezugnehmend, teile dem verehrten Publikum von Magdeburg und Umgegend hierdurch ergebenst mit, dass ich mit dem heutigen Tage das **Delikatess- und Südfrucht-Geschäft** von Frau Anna Reichhelm

**Nr. 9/10 Jakobstrasse Nr. 9/10**  
käuflich übernommen habe. Ich werde bemüht sein, bei billigsten Preisen nur frische und reelle Ware zu liefern, und bitte ich um Ihre freundliche Unterstützung zu meinem neuen Unternehmen.  
Hochachtungsvoll  
Magdeburg, den 1. Februar 1909. **Otto Schmidt.**

**Stadt-Theater.**  
Dienstag den 2. Februar 1909 **Der Sid.**  
Mittwoch den 3. Februar 1909 **Die verunkelte Glocke.**  
Sonntag den 7. Februar 1909 **Garmen.**  
Die Aufführungen des Zyklus Der Ring des Nibelungen findet außer Abonnement statt.

**== Scheuertücher ==**  
offeriere an Wiederverkauser von 7.50 Mark pro 100 Stück an. 3536  
— Aelteste Scheuertuch-Großhandlung —  
**Carl Friedr. Schmidt, Magdeburg**  
Weinfassstrasse 5. Fernruf Nr. 947.

2.2.1909

# Lange & Münzer

Breiteweg 51a

## Neuheiten für Ball u. Gesellschaft!

**Wollbatistblusen** creme, ganz gefüttert, Borderteil mit gemustertem Einsätze und breiten Einfägen, reich garniert . . . . . Reflektierpreis **2.65**

**Tüllblusen** modern gemustert Tüll, Borderteil mit Spachtelmotiven vornehm garniert, mit Hals- u. Ärmelrüsche, ganz auf Seidenmull gefüttert . . **4.75**

**Tüllblusen** neueste Radeirarmuster, mit langen, in Quersfalten abgenähten Ärmeln, Borderteil mit Spachtelpasse, Hals u. Ärmel mit Rüsche, ganz gefüttert **6.50**

**Tüllblusen** moderner Tüll in vielen Mustern, Borderteil mit Fältchenpasse und breiten Einfägen sehr reich garniert, auf Seide gearbeitet. **Besonders billig!** **8.75**

**Seidenblusen** aus reinseid. hochglänzend. Messaline in allen Ballfarben Borderteil und Ärmeln mit durchgehend. Faltentüllpasse Borderteil in Fältchen abgenäht, mit Gold und Spachtel reich garn., lange Ärmel in Quersfalten abgenäht, mit Tüllmanschette **Biliges Angebot!** **12.50**



**Neuster Haarschmuck** 2.25  
Schluppert mit oder Metall, mit schwarz oder farbigem Libertyband garniert .

**Ball-Handschuhe** weiß, elegantes Raschelmuster . . . Paar **75 Pf.**

**Ball-Strümpfe** in weiß und schwarz Flor, ganz durchbrochen Paar **88 Pf.**

**Ball-Schals** Chiffon, Seide usw., sowie echte Lyoner Spitzen-Schals in allen Preislagen

Gold- und Silber-

**Flitterbesätze** letzte Neuheiten für Wallbleiber

**Metallfülle**

**Säumchenstoffe** aus Tüll, Chiffon usw. 4.50 3.50 2.75 u. **2.00**

## Sonderangebot in Gürteln

Wert bis 4.50

- jezt Serie I zum Aussuchen . . . . . à **1.45**
- jezt Serie II zum Aussuchen . . . . . à **1.15**
- jezt Serie III zum Aussuchen . . . . . à **55 Pf.**
- jezt Serie IV zum Aussuchen . . . . . à **38 Pf.**

### ZENTRALTHEATER

TEL: 1778 DIRANTON-LÖLGEN TEL: 1778

Spielplan vom 1. bis 15. Februar.

Die größten Sensations-Attraktionen der Gegenwart

**Mörbitz!**  
der bedeutendste Charakterkomiker am deutschen Variété  
Durchweg aktuelle Schläger!

**Miß Darwin**  
mit ihren 16 Wunderkugeln  
„Ein ungelöstes Rätsel!“

**Brodie und Brodie**  
die Original-Artisten-Pulatten-Singerin.

**Les Fleurs d'Orange**  
in ihrem fernöstlichen Kostümschmuck  
„Sommer und Winter“

**Paula Sanden** beliebte Konzertsängerin

**Chester Dieck** d. Vierge-Sunder Americas!  
— Das wunderbarste Vorbild aller Kunstschaffler!

**Johnny and Charlie** die unvergleichlichen Eigentümlich-Sänger.

**Dr. Angelos** lebender Marmor.  
Ein Triumph der Kunst und Frauentüchtigkeit.

**Duskes Vitograph** Serie optischer Berichterstattung.



**Fürstentheater**  
(Die Müller-Lipart.)  
**Die Sonne bringt es an den Tag.**  
E. S. und aus d. Leben  
Auf der 15. u. 16. Gaudenzstraße  
n. d. gr. neue Spielpl. Vorzugsarten gelt.

**Südenzettel**  
der Magdeburger Volkstheater  
Große Marktstraße 12.  
Dienstag: Linsen mit Rindfleisch.  
Mittwoch: Kohlrüben mit Schweinefleisch.  
Donnerstag: Erbsen mit Kippenfleisch.  
Freitag: Braunkohl, Schweinebraten und Salszwanzeln.  
Sonntabend: Graupensuppe mit Rindfleisch.

**ZIRKUS**  
Abends 8 1/2 Uhr  
Das glänzende Spezialitäten-Programm!  
**The Killigs, Jongleur**  
**Les Frederies, Kraft**  
**The Dianas, Dierhimmels**  
**Mlle. Sandawa, baltische Spiele**  
**The Myrys, Kunst**  
**The Eltons, Hoch. Red**  
Nach 9 Uhr  
Das größte sportliche Ereignis der Saison!  
Die internationale Ringkampf-

**Schönebeck.**  
Volksvereins-Versammlung.  
Donnerstag den 4. Februar, abends 8 Uhr, im Bürgerhaus, Breiter Weg 57.  
Tages-Ordnung:  
1. Die Generalversammlung im Frohe.  
2. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung.  
3. Berichtwesen. 3433  
Zehntliches Erscheinen der Gewerkschaften ist Ehrenpflicht.  
Der Vorstand.

**Stephanshallen**  
420 Str. Rich. Grober  
Abends 8 Uhr  
Variété-Vorstellung  
Streng dezentes Programm für Familien-Substitutum

**Kaiser-Theater.**  
**Sherlock Holmes**  
Beste, aufsehenerregende Serie so wie ein weiteres  
Niesen-Bett-Programm!

**Walhalla-Theater**  
Nur noch einige Tage!  
**Sherlock Holmes**  
Größte Sensation d. Gegenwart  
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

**Konkurrenz!**  
um die Preise von **Mk. 6000**  
Heute ringen  
**Jack Lewis** gegen **Waldschmidt**  
**Waldschmidt** gegen **Schäfer**  
**Schäfer** gegen **Köhler**  
Reife gegen Tag geöffnet.  
Wir machen das größte Publikum darauf aufmerksam, daß der Kampf nur heute ist.

**Preisliste - Ziften!**  
(4 Ziften 15 Pf.)  
Preis vorrätig in der Buchhandl. Volksstimme

### Odeum - Halberstadt - Odeum

Am Sonntag den 7. Februar 1909, nachmittags 3 1/2 Uhr:

## Gr. öffentliche Versammlung

Tagesordnung:  
**500 Millionen neue Steuern.**  
Referentin: Frau Zietz (Hamburg).  
Arbeiterfrauen, Arbeiter, erscheint in Massen!  
Der Einberufer.

## Gewerkschaftskartell Tangermünde.

Mittwoch den 3. Februar, abends 8 Uhr, findet im Kaiserhof die erste Übungsstunde der neugegründeten Gefangensabteilung statt. — Hierzu werden alle freien Gewerkschafter, welche Lust und Liebe zum Gefang haben, freundlichst eingeladen.  
Das Gewerkschaftskartell.

## Eldorado

Große Junkerstraße 12.  
Heute und folgende Tage  
**Bockbier-Fest nach Münchener Art**  
in sämtlichen festlich dekorierten Räumen.  
**Noch nie dagewesen!!**  
Leitung durch Festwirt Schweinmer mit seiner Oberländer-Kapelle.  
Bedienung durch feine süddeutsche Bedienten in echt bayrischer Gebirgstracht.  
Höchst stimmungsvolle Dekorationen.  
**Jubel und Trubel.**  
Außerdem Auftreten der engagierten Spezialitäten und Magdeburger Originaltypen. Zum Torkuchen!!  
Jeden Abend **Triumphmarsch sämtlicher Bockgäste.**  
11 Uhr: **Rappen gratis im Lokal.**